

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

12. V. Jahrgang

Friedrichshafen, 1. Dezember 1965

DM 0,60

2S 21395 E

Sozialreaktionärer Kurs

**Die Regierung hält an ihrem Konzept weiter fest
Wachsende Kampfbereitschaft der Gewerkschaften**

Otto Brenner hat in der Zeitung METALL die Regierungserklärung Erhards als eine Kampfansage an alle bezeichnet, die in der Bundesrepublik den sozialen Rechtsstaat verwirklichen wollen. Die viertägige Diskussion, die fast drei Wochen nach der Regierungserklärung im Parlament abließ, hat diese Feststellung noch verstärkt: Die Reden der Vertreter der Regierungsparteien haben in der gleichen Weise wie der Bundeskanzler deutlich gemacht, daß in den kommenden vier Jahren der sozialreaktionäre Kurs der bisherigen CDU/CSU-Herrschaft fortgesetzt und die Kosten einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die breite Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger abgewälzt werden sollen.

Auch in der Außenpolitik sind nach der Erhardschen Regierungserklärung keine Änderungen zu erwarten. Zwar gab es einige demagogische Gesten in bezug auf die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, aber die Forderungen nach Revision der Ostgrenzen und nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen sind ebenso geblieben wie das starre Festhalten an der durch die politischen Tatsachen längst überholten Haltung gegenüber der DDR. Weder in der Regierungserklärung noch in der Bundestagsdebatte wurden irgendwelche Vorstellungen laut über einen Beitrag der Bundesregierung zur Abrüstung, noch kamen Regierungsparteien oder Opposition auf den Gedanken, zur Behebung der Finanzkrise den Rüstungs-etat zu kürzen. Es ist also offensichtlich, daß dieser gegen die Interessen und Forderungen der Lohn- und Gehaltsempfänger gerichtete Kurs ebenso wie die Bestätigung der bisherigen aggressiven Außenpolitik zu einer weiteren Verschärfung der Spannungen auf sozialem und innenpolitischem wie auch außenpolitischem Gebiet führen muß.

In dieser Situation ist es nur folgerichtig, wenn in der Regierungserklärung die Vervollständigung der Notstandsgesetze gefordert wird. Denn ohne die Knebelung der demokratischen Rechte wird es nicht möglich sein, den angekündigten Regierungskurs gegen den Willen der breiten Masse der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften durchzusetzen. Deshalb darf es keinen Zweifel darüber geben, daß hier der Ansatzpunkt zu finden ist, um eine Regierungspolitik aufzuhalten, die nur Not und Verderben über das deutsche Volk bringen kann.

Das mit Spannung erwartete Auftreten der sozialdemokratischen Oppositionssprecher in der Bundestagsdebatte wird viele enttäuscht haben. Zwar wurde die Diskussion hart geführt; aber alles lief ab unter der bekannten und gefährlichen Losung: Dasselbe wie die CDU/CSU — nur besser. Es fehlt also an einer politischen Alternative zu der bankrotten Politik, die bisher von der Regierung und den Regierungsparteien geführt wurde. Im Gegenteil, wie auch die Erhardsche Regierungserklärung vermieden es die Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, ausführlich auf die wesentlichen außenpolitischen und militärpolitischen Probleme einzugehen.

Regierungserklärung und Bundestagsdiskussion waren ein Beweis mehr, daß ein ernsthafter Wille zu einer neuen Politik nicht vorhanden ist. Es ist aber offensichtlich, daß nur eine Kürzung des Rüstungs-etats die Bonner Finanzkrise beenden kann, daß nur der ernsthafte Versuch zu einer innerdeutschen Verständigung sowie die Erhaltung und Ausweitung des Mitbestimmungsrechtes und die Absage an alle Bemühungen, durch Notstandsgesetze die demokratischen Freiheiten aufzuheben, sowie die Abkehr von einer aggressiven Außenpolitik eine tatsächliche und notwendige Alternative bedeuten.

sr

Aus dem Inhalt

	Seite
Kraftprobe mit der Sozialreaktion	2
Tauziehen um Ostpolitik des DGB	4
Notstands-Anschauungsunterricht	5
Demokratie — Auftrag für die Jugend	6
Angestelltenkonferenz des DGB	7
Nach dem Wahlsieg: Demaskierung	8
Preislawine rollt schneller ..	9
Interview mit Otto Horn: „Kein allgemeingültiges Rezept“	10
Mitbestimmung ausgehöhlt ..	12

SCHLAUE RATGEBER

In den wenigen Wochen nach der Wahl haben die mit Versprechungen so reich eingedeckten Bundesbürger erfahren, was es mit der Erhardschen Ankündigung einer „Wirtschafts- und Finanzpolitik aus einem Guß“ auf sich hat. Eine geradezu beispiellose Preiswelle ist über die Verbraucher hereingebrochen. Brot, Butter, Fleisch, Gemüse, Mieten und Verkehrstarife, Gas und Wasser sind in einem Maße gestiegen, die den Verbraucher geradezu in eine Panik versetzt.

Was die Bundesregierung tut, um diese Preiswelle zu stoppen, ist gleich Null, wenn man davon absieht, daß sie dem Verbraucher, und hier vornehmlich den Hausfrauen, lächerliche Ratschläge erteilt.

So hat u. a. der Bundeswirtschaftsminister Schmücker vor der Jahrestagung des Einzelhandelsverbandes die Verbraucher aufgefordert, „Preisdisziplin“ zu halten, und der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Kienbaum hat in einer mehr als naiven Art und Weise Ermahnungen an die Verbraucher gerichtet, „preiswerte Einkaufsmöglichkeiten durch schnelle Mundpropaganda auch anderen Verbrauchern anzuzeigen“.

Nun braucht man einer Hausfrau, deren Familienoberhaupt nicht mehr als 600 DM Monatsverdienst nach Hause bringt, nicht zu erzählen, was sie beim Einkauf wählen muß. Sie kann nämlich gar nicht wählen, denn mit den Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen und die fast zur Hälfte allein für die Nahrungsmittel aufgebraucht werden, muß sie sowieso das Billigste kaufen.

okulus

Kraftprobe mit der Sozialreaktion

**Zahlreiche Lohn- und Gehaltstarife wurden gekündigt
Größte Tarifbewegung steht in der Metallwirtschaft bevor**

Zum Jahreswechsel sind von mehreren Gewerkschaften in der Bundesrepublik die Lohn- und Gehaltstarife gekündigt worden. Eine Anzahl Wirtschaftsbranchen mit Millionen Arbeitnehmern werden davon berührt. Die Unternehmerverbände, Regierungssprecher und die Publikationsmittel, die von ihnen beeinflusst werden, pulsen die Öffentlichkeit gegen die Gewerkschaften und deren Forderungen auf. Schon wurde das Stichwort „Lohnstopp“ in die Debatte geworfen, ohne daß die gleichen Kreise etwa einen Stopp bei der Rücknahme der Wahlversprechen oder gar bei der Preiswelle gefordert hätten.

Bei den gewerkschaftlichen Tarifkündigungen handelt es sich keineswegs um einen „Racheakt“ an der wortbrüchigen Regierung oder an den preistreibenden, gewinnsüchtigen Unternehmern, sondern um die Wahrnehmung von zum größten Teil vor mehr als Jahresfrist vereinbarten Terminen. Angesichts der sozialreaktionären Welle und der beinahe uferlosen Teuerung, die so prompt nach den Wahlen über das Land rollt, ist diese Wahrnehmung der Kündigungstermine im Interesse der Arbeitnehmer unerlässlich geworden.

Die größte Lohnbewegung, die allein rund 3,3 Millionen Beschäftigte erfaßt, steht in der metallverarbeitenden Industrie bevor. Nachdem der Hauptvorstand der IG Metall am 23. November beschlossen hatte, Tarifkündigungen zum 31. Dezember zuzustimmen, haben inzwischen alle Bezirke — mit Ausnahme von Bayern, wo die Verträge erst drei Monate später auslaufen, — ihre Forderungen angemeldet: Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 1. Januar 1966 um 9 Prozent.

Die scharf ablehnenden Stellungnahmen der metallwirtschaftlichen Unternehmerverbände lassen schon jetzt eine harte Verhandlungsrunde erkennen, die auf seiten der Metallarbeiter eine aktive und entschlossene Unterstützung ihrer Gewerkschaft erfordern wird. Die IG Metall hat ihrerseits deutlich gemacht, daß ihre Forderung „an der untersten Grenze“ der Orientierung an Produktivitätszuwachs und Preissteigerung liege und damit praktisch eine Bereitschaft zum Maßhalten demonstrierte. Mit anderen Worten: die IG Metall ist entschlossen, diese von volkswirtschaftlicher Verantwortung getragene 9-Prozent-Forderung auch in vollem Umfang zu realisieren.

Die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik hat Ende November ebenfalls das tarifpolitische Konzept für die nächste Zeit festgelegt. Die Gewerkschaft stellt fest, daß aufgrund der Regierungserklärung des Bundeskanzlers keine Veranlassung bestehe, die als richtig erkannte Tarifpolitik zu ändern. Der Hauptvorstand hat darum folgende Konzeption beschlossen:

Die zur Kündigung anstehenden Lohn- und Gehaltstarifverträge werden fristgerecht gekündigt. Für die aufzustellenden Forderungen wird man sich an

der wirtschaftlichen Situation der einzelnen Industrien orientieren und nicht an gesamtwirtschaftlichen Daten. Die Laufzeiten der neuen Verträge sollen möglichst auf ein Jahr beschränkt werden. Auf keinen Fall werde auf mögliche Arbeitszeitverkürzungen verzichtet. Sogenannte vermögenswirksame Leistungen — etwa nach dem 312-Mark-Gesetz — müßten auf jeden Fall zusätzlich zu den notwendigen Lohn- und Gehaltsaufbesserungen vereinbart werden.

Einige Tarifverträge wurden bereits zum 31. Dezember gekündigt. Ein Teil der laufenden Verträge gilt auch noch für 1966. Der Schwerpunkt der Tarifbewegung in der chemischen Industrie wird darum in der Mitte des kommenden Jahres liegen.

Alle Tarifverträge in der papierverarbeitenden Industrie zum Jahresende zu kündigen und eine Lohnforderung von 12 Prozent hat der Hauptvorstand der IG Druck und Papier beschlossen. In den unteren Lohngruppen wird eine zusätzliche Anhebung um weitere 2 Prozent angestrebt. Ferner verlangt die Gewerkschaft den Abbau der Ortsstaffelungen.

In allen Zweigen des Bankgewerbes sind ebenfalls zum Jahresende die Tarifverträge für rund 180 000 Angestellte gekündigt worden. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen sowie die DAG haben Gehaltserhöhungen zwischen 10 und 12 Prozent verlangt. Weiter fordert die HBV-Gewerkschaft Urlaubsverlängerungen von drei bis vier Tagen.

Die Kündigung aller zum Jahresende auslaufender Tarifverträge hat auch die Gewerkschaft Holz vollzogen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Beschäftigten in der Holzverarbeitenden Industrie. So hat die Gewerkschaft beispielsweise für die 50 000 gewerblichen Arbeitnehmer der Holzindustrie und des Serienmöbelhandwerks in Westfalen-Lippe eine Ecklohn-Erhöhung um 10 Prozent gefordert.

Zur Zeit führt die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr für die 900 000 Angestellten des öffentlichen Dienstes zähe Verhandlungen über den sogenannten Bewährungsaufstieg. Nachdem das letzte Gespräch ergebnislos verlaufen war, kommen die Tarifparteien am 10. Dezember zu einer weiteren Verhandlung zusammen. Die Gewerkschaft fordert,

den Angestellten nach Ablauf einer bei den verschiedenen Vergütungsgruppen unterschiedlichen Frist den Aufstieg in die nächsthöhere Gruppe automatisch zu gewähren, wenn sie gute Arbeit geleistet haben.

Die IG Bergbau und Energie hat für die Arbeiter und Angestellten der Erdölgewinnung zum 31. Dezember den Manteltarifvertrag gekündigt, um bessere Arbeitsbedingungen auszuhandeln.

Eine neue Lohnbewegung ist auch im nordrhein-westfälischen Steinkohlenbergbau zu erwarten, wo die Tarifverträge mit dreimonatiger Frist kündbar sind. Zahlreiche Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre mehrerer Ruhrzechen haben bereits die Tarifkommission der IG Bergbau aufgefordert, den Lohnstarifvertrag zum nächstmöglichen Termin zu kündigen. Es wird damit gerechnet, daß die Gewerkschaft diese Kündigung am Jahresbeginn 1966 aussprechen wird. Der letzte Lohnabschluß erfolgte im Dezember 1964.

Neben den Bergarbeitern, die vermutlich im Frühjahr 1966 in den Lohnkampf eintreten werden, ist mit weiteren Tarifbewegungen in der Eisen- und Stahlindustrie, in der metallverarbeitenden Industrie Bayerns und in der Bauwirtschaft zu rechnen. In diesen Wirtschaftsbereichen laufen die Lohn- und Gehaltsverträge zum 31. 3. 1966 aus.

In Anbetracht der im Jahre 1965 ungewöhnlich hohen Steigerung der Lebenshaltungskosten um über 4 Prozent, angesichts der gleichzeitig gestiegenen Unternehmerrgewinne und der industriellen Arbeitsproduktivität sowie infolge der fortdauernden Konjunktur in nahezu allen wichtigen Wirtschaftsbereichen sind die gewerkschaftlichen Forderungen vollauf gerechtfertigt.

Der Lohnstopp-These sollten die Gewerkschaften mit aller Schärfe entgegenzutreten und ihrerseits in Protestkundgebungen — ähnlich wie vor zwei Jahren nach dem außerordentlichen DGB-Kongress in Düsseldorf — auf die wirklichen Ursachen der Preissteigerungen aufmerksam machen. Obgleich es in den vergangenen Monaten keine nennenswerten Lohnabschlüsse gegeben hat, steigen zur Zeit die Preise auf breiter Front. Tatsache ist vielmehr, daß der Staat, der ein riesiges Haushaltsdefizit ausfüllen muß, an umfassenden Preissteigerungen interessiert ist, weil auf diese Weise die Einnahmen an Umsatz- und anderen Steuern steigen.

Die Arbeitnehmer, und insbesondere natürlich die Gewerkschaften, sollten sich durch die hinterhältige und irritierende Zweckpropaganda der Unternehmerverbände und ihrer staatlichen Interessenvertreter nicht blaffen lassen. Wer von Jahr zu Jahr mehr produziert, hat auch das Anrecht auf einen ständig wachsenden Anteil am Produktionsergebnis. Ki.

VERFEMTE WAHRHEIT

Es ist unmöglich, wie ein Aphorismus sagt, die Fackel der Wahrheit durch ein Gedränge zu tragen, ohne jemandem den Bart zu versengen. Daß dem so ist, hat die Evangelische Kirche Deutschlands — und natürlich nicht nur sie — an dem Echo erfahren müssen, das ihre Denkschrift über die Ostpolitik ausgelöst hat. Der Bart, der da versengt wurde, ist — genau besehen — ein alter Zopf, den das offizielle Bonn, die Parteien, eine ganze Hierarchie von Politikern (und auch die Gewerkschaften kann man davon nicht ganz ausnehmen) mit sich herumschleppen.

Die Denkschrift der Evangelischen Kirchen vermittelt der Öffentlichkeit die Erkenntnis, daß zwischen dem Wunschenken der Bundesregierung und der sogenannten Vertriebenenverbände einerseits und der Realität der deutschen Ostgrenze an Oder und Neiße andererseits eine große Kluft besteht. Man solle endlich den Mut haben, dem Volk zu sagen, daß diese Grenze die Folge eines von Deutschland begonnenen, barbarisch geführten und bedingungslos beendeten Krieges und nicht, wie der Synodale Prof. Raiser ergänzte, „nur kommunistisches Teufelswerk“ sei. Es habe keinen Sinn, weiterhin in Wunschenken und Selbstgerechtigkeit zu verharren. Die Denkschrift soll, nach Prof. Raiser, *„in Kopf und Herz des deutschen Volkes den Weg für eine konstruktive Friedenspolitik freimachen. Keine andere ‚Vorleistung‘ wird dem deutschen Volk angesonnen als die, sich zur Versöhnung, auch unter Opfern, bereit zu machen.“*

Das Ergebnis derart realistischer Denkweise in der Bundesrepublik ist eine Flut von Briefen mit Beschimpfungen und Morddrohungen gegen so profilierte evangelische Christen wie Präses Wilm, Präses Scharf, Bischof Lilje und andere.

Wenn man noch geneigt sein mag, diese erschreckenden Vorgänge damit zu erklären, daß offenbar einige „Berufsvertriebene“, die ihre Fabriken und Rittergüter wiederhaben wollen, einen Teil ihres schrumpfenden „Fußvolks“ auf die Beine gebracht haben mögen, so stimmt die Angelegenheit noch bedenklicher, wenn man auch von offizieller Seite den deutlichen Vorwurf des „politischen Dilettantismus“ gegen die Kirche hört. Ohne Zweifel handelt es sich bei derlei Prädikaten um eine der Würde der kirchlichen Institution angepaßte Abstufung des berüchtigt-berühmten Kanzlerspruchs von den „Pinschern“ und „Banausen“.

Erfreulicherweise hat das klärende Wort der Evangelischen Kirche auch andere Reaktionen ausgelöst: Es wächst im Volk die Einsicht, daß man nicht endlos von einer „Rückkehr in die Heimat“ träumen kann, bei gleichzeitiger Aufputzung von Haß- und

Revanchegefühlen gegen jene, die Hitler und seine Armeen nicht gebeten hatten, ihr Land zu überfallen. Und es gibt Politiker, die ehrlich genug sind, aus gegebenen Realitäten die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. So der Ehrenvorsitzende der CDU von Nordwürttemberg und Kultusminister a. D. Simpfendorfer, der aus Protest gegen die illusionäre Haltung der CDU in der Oder-Neiße-Frage sein Amt niederlegte.

Verwundert wird indessen mancher Gewerkschafter seine Gewerkschaftszeitung lesen und eine klare Unterstützung der Evangelischen Kirche in der von ihr ausgesprochenen Frage vermissen. Es ist aber zu begrüßen, daß einige Gewerkschaften die Kirche gegen die unqualifizierten Angriffe verteidigt haben, allerdings, ohne sich auch ihrem Standpunkt anzuschließen. Das muß jedoch nicht immer so bleiben. Schon mehrmals nach dem Kriege ist bei grundsätzlichen Problemen, die auch die Gewerkschafter in ihrer Gesamtheit berührten — wie bei der Bewegung gegen den Atomtod und den verschärften Protesten gegen die Notstandsgesetzgebung — der Anstoß zur gewerkschaftlichen Aktivität von außen, z. B. von den Professoren, gekommen. Vielleicht geht er jetzt einmal von den Bischöfen aus? Sb.

„SPARSAMKEIT“

Um der wachsenden Kritik an dem aufgeblähten Verteidigungshaushalt der Bundesregierung den „Wind aus den Segeln“ zu nehmen, hat sich die Bundesregierung entschlossen, ein Exempel zu statuieren. Sie hat nicht nur Kürzungen im sozialpolitischen Bereich vorgenommen, um den Kassenbankrott abzuwenden, sondern — man höre und staune! — auch der Verteidigungsetat wurde rigoros gekürzt: um 900 Millionen DM. Fast alle Zeitungen haben diese Seite des Bonner „Sparprogramms“ groß herausgestellt.

Nur hat die Sache einen kleinen Haken. Während der offiziell für Rüstungszwecke ausgewiesene Haushaltsposten für 1965 auf 17 Milliarden DM lautete, hatte der Verteidigungsminister von Hassel für 1966 die hübsche Summe von 18,4 Milliarden DM gefordert. Angesichts der Finanznöte machte sich jedoch der Kanzler stark und strich ihm davon glatte 900 Millionen DM weg. So wird Herr von Hassel „nur“ noch 500 Millionen DM mehr bekommen als 1965.

Hinter der vorgehaltenen Hand sei's gesagt: von Hassel ist über die „Einsparung“ an seinem Etat nicht böse, denn die publikumswirksame „Kürzung“ war ja gleich in seine unpopuläre Mehrforderung einkalkuliert worden. —t

FREISPRUCH

Der Herausgeber der Zeitschrift „unsere Zeit“ (UZ), Eugen Straub, und der Redakteur Eberhard Weber sind von der politischen Strafkammer des Land-

gerichts Karlsruhe von der Anklage wegen angeblicher Unterstützung der verbotenen Kommunistischen Partei freigesprochen worden. In der mündlichen Urteilsbegründung unterstrich der Vorsitzende des Gerichtes, daß ein Bekenntnis zur Ideologie des Marxismus-Leninismus nicht strafbar sei und insbesondere keinen Verstoß gegen das KPD-Verbot darstelle.

HILFE FÜR VIETNAM

In der ganzen Welt wächst der Widerstand gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam. Vor allem auch in den Vereinigten Staaten selbst macht sich eine wachsende Aktivität gegen die Politik der US-Regierung bemerkbar, gegen die am 27. November in einem „Marsch auf Washington“ über 20 000 Amerikaner demonstrierten. Aber auch in der übrigen Welt werden die Kräfte, die für den Frieden und die Selbstbestimmung des vietnamesischen Volkes eintreten, immer stärker.

Eine bemerkenswerte Aktivität entwickelte z. B. in München der Gewerkschaftliche Arbeitskreis der Studenten (GAST), der zusammen mit der Ostermarsch-Bewegung, ebenfalls am 27. November, einen Protestmarsch gegen den Vietnam-Krieg zum amerikanischen Generalkonsulat in der bayerischen Landeshauptstadt durchführte. Während eines 40-Stunden-Protestes in Form einer Mahnwache vor dem Konsulat wurden Unterschriften für einen Brief an Präsident Johnson gesammelt.

In einer Vietnam-Woche, die vom DGB München, vom GAST und den örtlichen Organisationen des Sozialdemokratischen Hochschulbundes und der Internationale der Kriegsdienstgegner veranstaltet wurde, fand auch eine Podiumsdiskussion zum Thema „Vietnam — wie es dazu kam“ statt. Im Münchner Gewerkschaftshaus ist bis zum 15. Dezember die Ausstellung „Das ist Vietnam“ zu sehen, die zur Aufklärung über den schmutzigen Krieg der USA in diesem gequälten asiatischen Land beitragen wird.

Dieses Münchener Beispiel, das Möglichkeiten einer wirksamen Hilfe auch der Gewerkschafter in der Bundesrepublik für das vietnamesische Volk zeigt, sollte Schule machen. Der Gewerkschaftliche Arbeitskreis der Studenten beabsichtigt, in nächster Zeit eine Vietnam-Sammlung durchzuführen, deren Erlös direkt an die Vertretung des nordvietnamesischen Roten Kreuzes in Genf überwiesen werden soll.

Wir möchten unsere Leser bitten, die Sammlung zu unterstützen und Spenden zu schicken an: Gewerkschaftlicher Arbeitskreis der Studenten, Deutscher Gewerkschaftsbund, 8 München 15, Schwanthalerstr. 64. Stichwort: „Vietnam-Hilfe.“

Tauziehen um Ostpolitik des DGB

Die Gegner von Kontakten konnten sich nicht durchsetzen
Aber Bremsversuche müssen kritisch beobachtet werden

Nach der Reise des OTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker in die Tschechoslowakei scheint im Deutschen Gewerkschaftsbund — was das bisherige Tabu „Osikontakte“ betrifft — eine neue Situation entstanden zu sein, die einerseits durch vermehrtes Drängen nach weiteren Initiativen, zum andern aber auch durch Unschlüssigkeit, Ratlosigkeit und Bremsversuche gekennzeichnet ist. Kaum jemand in den DGB-Gewerkschaften, auch die mittleren und höheren Funktionäre nicht, ist zur Zeit in der Lage, die weiteren Absichten des Bundesvorstandes des DGB zu überschauen. Die sogenannten Osikontakte der Gewerkschaften sind zumeist noch Gegenstand widersprüchlichster Spekulationen.

Nach der Rückkehr Klunckers aus Karlovy Vary (Karlsbad), wo er einen Austausch von Delegationen und gewerkschaftlichem Informationsmaterial mit tschechoslowakischen, polnischen und sowjetischen Gewerkschaften vereinbart und selbst Einladungen nach Prag, Warschau und Moskau angenommen hatte, zeigte sich der DGB-Bundesvorstand dem Gedanken des Sondierens auch nach Osten hin recht aufgeschlossen. Ende Oktober bestätigte die Pressestelle des DGB-Bundesvorstandes dessen Absicht, eine Abordnung unter der Leitung Ludwig Rosenbergs nach Moskau zu schicken.

Bereits eine Woche danach, am 3. November, war nur noch von der Entsendung einer Studienkommission des DGB die Rede, die auf Osteuropareise gehen und zunächst prüfen soll, „ob sachliche Voraussetzungen für Informationsreisen in Ostblockstaaten überhaupt bestehen“. Am 12. November berichtete die „Welt der Arbeit“, daß die Studienkommission „im Laufe des nächsten Jahres“ nach Moskau reisen soll.

Über die Aufgaben der Studienkommission und die Haltung des DGB zur Frage der Ostbeziehungen schrieb die Zeitung, die als Sprachrohr des Bundesvorstandes fungiert:

„Ehe diese Delegation ihre Arbeit aufnimmt, müssen folgende Bedingungen erfüllt sein: Freiheit in der Gestaltung des Informationsprogramms; Freizügigkeit bei der Durchführung dieses Programms; eigene Dolmetscher; Finanzierung des gesamten Programms durch den DGB. Die Studienkommission soll dem Bundesvorstand nach ihrer Rückkehr ausführlich Bericht erstatten. Der künftige Kurs der Gewerkschaften in ostpolitischen Fragen wird vom Ergebnis dieser ersten Studienreise abhängen. Bis dahin sollen keine offiziellen Kontakte mit Ostblockgewerkschaften hergestellt werden.“

Wer sich nun fragte, was ist mit Kluncker und seiner OTV? — dem versicherte die „Welt der Arbeit“:

„Ausgenommen von dieser Regelung ist lediglich die Gewerkschaft OTV, die — nach der Teilnahme ihres Vorsitzenden Heinz Kluncker an einem gesundheitspolitischen Kongreß in Karlsbad — Einladungen nach Warschau, Prag und Moskau erhalten und Gegeneinladungen ausgesprochen hat. Den vereinbarten Besucheraustausch kann sie noch abwickeln.“

Und dann ist Schluß damit? — Es gibt jedenfalls genug Leute, die das fordern. Wer Ohren hat zu hören, der weiß, daß die Kluncker-Reise und das ursprüngliche Vorhaben, Rosenberg nach Moskau zu schicken, auf die mißbilligende Haltung sowohl einiger Gewerkschaftsführer im DGB als auch im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, insbesondere aber auf den Widerstand des SPD-Partei-Vorstandes gestoßen ist. In der Bundesvorstandssitzung des DGB, in der diese Frage zur Entscheidung stand, hat es stundenlange und heftige Debatten über die weitere Handhabung der „Osikontakte“ gegeben.

Ogbleich die Regelung, zunächst eine Studienkommission auf die Reise zu schicken, ein Kompromiß und ein Zurückweichen vor den Attacken der „letzten kalten Krieger“ ist, so erfreulich ist andererseits, daß sich jene Gewerkschaftsströmung durchgesetzt hat, die aus der ostpolitischen Erstarrung herauskommen und sich über die Gewerkschaftsarbeit in kommunistischen Ländern aus erster Hand informieren will. Darum ist auch die mit großer Mehrheit im DGB-Bundesvorstand beschlossene Ausnahmeregelung für die OTV als eine Bekräftigung dieser Tendenz und damit als deutliche Absage an die Bremsen zu werten.

Man darf jedoch dabei die Bestrebungen nicht übersehen, alle Ostinitiativen der Gewerkschaften beim DGB zu koordinieren, möglicherweise mit dem Ziel, weitere „Alleingänge“ nach dem Muster der OTV zu verhindern. Weiter wird es notwendig sein, beim DGB darauf zu drängen, daß die „im Laufe des nächsten Jahres“ geplante Reise der Studienkommission nicht erst im Dezember 1966, sondern frühzeitig beginnt, um eine natürliche Entwicklung, die der Verständigung der Völker und damit der Friedenssicherung dient, nicht künstlich zu verzögern.

Der OTV-Vorsitzende Heinz Kluncker hat im Oktober-Heft des DGB-Funktionärsorgans „Die Quelle“ eine einleuchtende Begründung für seine Karlsbader Initiative gegeben. Kluncker schreibt:

„Die Enthaltsamkeit in den Beziehungen zu Osteuropa hat das Bestreben, Haß abzubauen und Mißverständnisse zu beseitigen, wesentlich erschwert. Ein wirklicher Frieden ist aber nur möglich, wenn die Bundesrepublik auch mit ihren östlichen Nachbarn gute Beziehungen pflegt. Diese Entspannungspolitik, über grundsätzliche Gegensätze hinweg, muß von der gesamten Bevölkerung getragen sein, wenn sie dauerhaft, glaubhaft und erfolgreich sein soll. Durch Meinungsaustausch können die gesellschaftliche Struktur eines Landes, die politische Auffassung seiner Bevölkerung und ihre kulturellen Eigenarten am besten studiert und ermittelt werden. Eine Begegnung mit anderen Gesellschaftssystemen kann auch eine Bereicherung der eigenen Erfahrung sein. Sie ist daher nicht primär eine Angelegenheit von Urlaubsreisenden.“

Dies ist zugleich auch der Standpunkt einer großen Zahl von Mitgliedern und Funktionären der Gewerkschaften, die schon seit Jahren eine Überprüfung der DGB-offiziellen Ostpolitik verlangten.

So wie jetzt wieder die Münchener Bundesjugendkonferenz des DGB forderte, die Entsendung von Studien-delegationen junger Gewerkschafter in die osteuropäischen Länder zu gestatten, sind vor allem und seit Jahren die Redakteure der Gewerkschaftszeitungen in der Bundesrepublik an offiziellen Besuchsreisen in die kommunistischen Länder interessiert, um sich aus dem Blickwinkel ihres gewerkschaftspolitischen Fachwissens über die Lage der Arbeiter und Angestellten und die Arbeit der Gewerkschaften in jenen Ländern informieren zu können.

Es ist bekannt, daß mehrere Gewerkschaftsjournalisten in der Bundesrepublik Einladungen der sowjetischen Gewerkschaftszeitung „Trud“ erhalten haben. Hatte es zunächst so ausgesehen, als könnten sie auch befolgt werden, so lautet die DGB-Order jetzt: alle Einladungen, ob an Journalisten, Gewerkschaftsjugendgruppen, oder Einzelgewerkschaften (mit Ausnahme der OTV) sind abzulehnen bzw. zurückzustellen, bis das Ergebnis der DGB-Studienkommission vorliegt. Es ist verständlich, daß sich die Betroffenen gegen diese Art Zentralismus beim DGB zur Wehr setzen und von einer Stärkung der Zentrale, die zum Abbremsen progressiver Entwicklungen führt, nichts halten.

Noch eine Ungereimtheit

Besteht die eine große Ungereimtheit in den ostpolitischen Beschlüssen des DGB darin, daß z. B. Brenner, Gefeller, Bruns, Schattank und andere zur Zeit nicht dürfen, was Kluncker darf und daß eine Kommission erst prüfen soll,

was Kluncker schon weiß (nämlich, ob man mit kommunistischen Gewerkschaften reden kann), so ist eine zweite große Ungereimtheit die Haltung des DGB zu den DDR-Gewerkschaften. Diese spielen nämlich in Ost-

deutschland keine grundsätzlich andere Rolle als die tschechoslowakischen, polnischen, sowjetischen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei, Polen, Sowjetunion usw.

Sowohl der DGB als auch Heinz Kluncker erklärten, daß die Anbahnung von Beziehungen zu Gewerkschaftsorganisationen in sozialistischen Ländern nicht für die DDR gilt. Sie sagen, erst müsse der FDGB sich gegen die Berliner Mauer und den Schießbefehl an der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR aussprechen, bevor er als Gesprächspartner in Aussicht genommen werden könne.

Wie wenig diese Begründungen als glaubhaft anzusehen sind, erklärt die Tatsache, daß der DGB Gespräche mit dem FDGB auch zu einer Zeit abgelehnt hat, als Mauer und Schießbefehl nicht existierten. Es geht vielmehr um einen offensichtlich überholten ideologischen Dogmatismus, für den sich heute noch allzu viele Gewerkschaftsfunktionäre einspannen lassen, obwohl sein Befolgen nicht nur der deutschen Arbeiterbewegung, sondern der Position des deutschen Volkes schlechthin unendlichen Schaden zufügt.

Dieser Wertung muß man darum auch den Mitte-November gefaßten Beschluß des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier zuordnen, der es ablehnte, einem Auftrag des 7. Gewerkschaftstages gemäß, beim DGB für die Kontaktaufnahme mit dem FDGB wirksam zu werden. Gleichzeitig stellte sich der Hauptvorstand mit Nachdruck hinter die Absicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes, eine Studiendelegation in die Sowjetunion und andere sozialistische Länder Osteuropas zu entsenden.

Insgesamt gesehen, um an den Ausgangspunkt der Betrachtungen zurückzukehren, ist die Tatsache unverkennbar, daß in das ostpolitische Konzept des DGB und seiner Gewerkschaften eine erfreuliche frische Brise gekommen ist. Natürlich geht dabei die positive Entwicklung nicht von selbst, nicht gradlinig, nicht ohne Druck und Gegendruck vor sich. So bedauerlich es ohne Zweifel ist, daß möglicherweise noch viel Zeit verlan wird, um in der gewerkschaftlichen Ostpolitik an einen Punkt zu gelangen, an dem man einfach nicht vorüber kann, so notwendig ist die Mithilfe jedes einsichtigen Gewerkschafters, um diesen Zustand zu erreichen. Denn in der Verständigung mit den Gewerkschaftern — und über sie mit den Völkern — der sozialistischen Länder (die DDR mit einbezogen) liegt zur Zeit der wichtigste Dienst, den man der Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa leisten kann. Die Gewerkschaften als „Gewissen der Nation“ haben dabei — vom moralischen Standpunkt gesehen — nicht das Recht, noch mehr Zeit verstreichen zu lassen, um den von der Mehrheit der Mitglieder als richtig und notwendig erkannten Standpunkt auch offiziell einzunehmen. —

Notstands-Anschauungsunterricht

Liebeswerben und Zweckpropaganda: Zielscheibe DGB
Gleichzeitig Übungen zur Zerschlagung von Streiks

Von allen Seiten trommeln die Feinde der Gewerkschaften und Anhänger der Notstandsgesetzgebung auf den DGB und seine Organisationen ein, um ihn von seiner hegründeten Anti-Haltung abzubringen. Bundeskanzler Erhard kündigte in seiner Regierungserklärung an, der neue Bundestag werde die Notstandsverfassung „ehelens“ verabschieden müssen. Der neue Innenminister Lücke gibt sich besonders schlaue und lud die DGB-Vertreter zu einem Gespräch über die Notstandsgesetze ein. Gleichzeitig streuen konformistische Tageszeitungen die Behauptung unlers (Gewerkschafts-)Volk, der nächste DGB-Bundeskongreß im Mai 1966 werde den Beschluß von Hannover, jede zusätzliche Notstandsregelung abzulehnen, nicht wieder bestätigen.

Hier wird, für alle erkennbar oder nicht, ein Komplott gegen die demokratische Gesinnung und Handlung der Gewerkschafter geschmiedet, deren höchstes Anliegen es ist, mit der Verhinderung der Notstandsgesetzgebung wesentliche Bestandteile der Demokratie zu retten: die Freizügigkeit der Person, die Meinungs-, Koalitions- und Streikfreiheit. Es ist ohnehin ungewiß, ob von der Sozialdemokratischen Partei mit ihrer derzeitigen Führungsspitze ein ernsthafter Widerstand gegen die regierungsmäßige Salami-Taktik des scheinbaren Abbaus der demokratischen Rechte des Volkes zu erwarten ist.

Die Gewerkschaften, zusammen mit anderen demokratischen Kräften, die nicht im Parlament vertreten sind, bilden in dieser Situation den verlässlichsten „Brückenkopf“ und zugleich aktiven „Stofftrupp“ gegen die anrennenden Feinde der Verfassung und der demokratischen Volksrechte, die mit Hilfe der Notstandsgesetze zu gegebener Zeit liquidiert werden sollen.

Von diesen, dem Wortschatz der Militärs entlehnten Vokabeln gleich ein Abstecker in die militärische Praxis: der Bundesgrenzschutz gibt dazu den Anlaß. Denn wie können Gewerkschafter ruhig bleiben, wenn sie — wie in den letzten Wochen in Hessen — beobachten mußten, wie Grenzschutzanghörige Bürgerkriegsübungen mit unüberschaubarer anligewerkschaftlicher Stoßrichtung abhielten.

■ In Mörfelden wurde die Auflösung einer Streikdemonstration geübt, und der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages, Schmitt-Vockenhausen (SPD) gehörte zu den Zuschauern.

■ Auch im Gebiet von Hanau hat der Bundesgrenzschutz die Auflösung von Streikdemonstrationen geübt.

■ In Raunheim hatten Einheiten des Grenzschutzes um das Gelände der Callex-Raffinerie einen Stacheldrahtzaun gelegt, um „Saboteure“ im Werk ausfindig zu machen.

All das hat die Arbeitnehmer weit über die betroffenen Gebiete hinaus in Aufregung und Empörung versetzt. In einem Protestbrief an das zuständige Grenzschutzkommando schrieb der stellvertretende DGB-Vorsitzende von Hessen, Philipp Plöb: „Unsere Kollegen befürchten, daß es nur der Verabschiedung der geplanten Notstands-

gesetze bedarf, um dann völlig legitime Streikbewegungen zu unterdrücken. Sie sehen in den Übungen dafür eine „Generalprobe“.“

Wenn die Verantwortlichen für diese „Generalprobe“ die Dinge lediglich als eine „Panne“ hinstellen wollen, wie das jetzt geschieht, die zudem darin besteht, daß die Gewerkschaften vorher nicht konsultiert wurden, so bestätigt das nur noch die These von der Generalprobe für die Notstandsgesetze. Ob mit oder ohne Wissen des DGB das Zerschlagen von Streiks geübt wird, ist im Prinzip gleichgültig.

Auch die Erklärung des Grenzschutz-Generals Müller und Schmitt-Vockenhausens, daß „selbstverständlich“ bei den Übungen davon ausgegangen wurde, „subversive Elemente aus der Sowjetzone“ hätten den Streik „von außen“ angezettelt, ändert das Bild nicht. Wer die nun lange genug vorexerzierte Praktik des Rufmordes und der Diffamierung kennt, wonach mißliebige Protestaktionen und Äußerungen — gleich von wem und woher sie kommen — grundsätzlich „kommunistisch inspiriert“, von „einer Handvoll Kommunisten angezettelt“, zumindest aber doch „nur Ulbricht nützlich“ sind, — wer also bei diesem Anschauungsunterricht nicht „gefehlt“ hat, der hat allen Grund, ganz entschieden den Kampf gegen die Notstandsgesetze fortzusetzen!

Der Bundesvorstand des DGB hat sich im November abermals gegen die Zweckpropaganda über ein angeblich bevorstehendes „Umfallen“ der Gewerkschaften in der Frage der Notstandsgesetze gewandt, sie als „wilde Kombinationen“ bezeichnet und sein Bekenntnis zu dem Anti-Notstandsbeschluß von Hannover erneuert. Auch einige Einzelgewerkschaften haben nach der Regierungserklärung Erhards auf die Notwendigkeit hingewiesen, im Kampf gegen die Realisierung der Notstandspläne Bonns nicht nachzulassen. Die jüngsten Ereignisse geben dieser Einschätzung der Situation den nötigen Nachdruck. HAL

Mannheimer Gewerkschafter fordern „klare Ablehnung“

Die Kreisdelegiertenkonferenz Mannheim des DGB hat in einem Antrag an die im Januar 1966 stattfindende DGB-Landeskonferenz Baden-Württemberg eine „klare Entscheidung in der Ablehnung der Notstandsgesetze“ gefordert.

Mitbestimmung

Der sozialreaktionäre Charakter der Bundesregierung kommt mit besonderer Deutlichkeit in den Erklärungen Erhards und der Regierungsparteien über die Ablehnung der gewerkschaftlichen Forderung auf Ausweitung der Mitbestimmung zum Ausdruck. Während Erhard in seiner Regierungserklärung „aus grundsätzlichen, rechtlichen, volkswirtschaftlichen und politischen Erwägungen“ eine Ausdehnung der Mitbestimmung über den Montanbereich in Übereinstimmung mit den Unternehmerverbänden strikt ablehnt, hat Otto Brenner auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall unter der Zustimmung der Delegierten betont, für die Gewerkschaften „bleibt die Mitbestimmung ein entscheidendes Ziel zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der arbeitenden Menschen, zur Ergänzung der politischen Demokratie und zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht“.

Diese beiden Zitate zeigen die Unvereinbarkeit der gewerkschaftlichen Vorstellungen mit dem in der Regierungserklärung dargelegten Kurs der Bundesregierung, deren Tendenz eindeutig gegen die gewerkschaftlichen und sozialen Wünsche und Forderungen der Lohn- und Gehaltsempfänger ausgerichtet war.

Ohne die Notwendigkeit bestreiten zu können, daß die Gewerkschaften alles daransetzen müssen, die Öffentlichkeit von der Berechtigung ihrer Forderungen zu überzeugen, zwingen die politischen Realitäten die Gewerkschaften, sich weitgehend auf ihre eigene Kraft und Initiative zu verlassen. Dabei ist es wichtig, den Gewerkschaftsmitgliedern den politischen Inhalt der Mitbestimmungsforderungen aufzuzeigen.

Wirtschaftliche Mitbestimmung der Lohn- und Gehaltsempfänger ist mehr als eine formale Beteiligung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten, sie ist ein Hebel, um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Interesse der arbeitenden Menschen zu verändern. Und endlich darf man nicht übersehen, daß die Mitbestimmung über ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung hinaus gleichzeitig auch ein Kampf ist für die Realisierung und Sicherung materieller Interessen der arbeitenden Menschen.

Mit Nachdruck ist in diesem Zusammenhang noch zu sagen, daß Notstandsgesetze das Gegenteil von Mitbestimmungsrecht sind. Darum ist der Kampf um die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte gleichzeitig auch ein Kampf gegen die Knebelung gewerkschaftlicher und demokratischer Rechte durch die Notstandsgesetzgebung und umgekehrt. Die Regierungserklärung Erhards macht deutlich, daß Bundesregierung und Regierungsparteien auf diesem Felde die ausgesprochenen Gegner der Gewerkschaften sind.

Demokratie - Auftrag für die Jugend

Bundesjugendkonferenz des DGB packt „heiße Eisen“ an Auswirkungen auf den bevorstehenden DGB-Kongreß

Mit der Münchener 6. Bundesjugendkonferenz des DGB hat vor dem Zusammen treten des 7. Kongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Mai kommenden Jahres eine der letzten großen Gewerkschaftskonferenzen stattgefunden. Ihre Beschlüsse werden, bei entsprechender Aktivität in den 16 DGB-Gewerkschaften, die Aussage des nächsten Bundeskongresses wesentlich mitgestalten. Der für die Jugendarbeit verantwortliche Sekretär des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Günter Stephan, ermunterte die über 200 Delegierten, die 700 000 junge Gewerkschafter vertreten, jetzt dafür zu sorgen, daß möglichst viele ihrer Anregungen die Zustimmung der Gesamtorganisation finden.

Über 200 Anträge und Entschließungen wurden von der Konferenz gebilligt, darunter auch solche, die augenblickliche „heiße Eisen“ anpacken: Zum Komplex „Ostkontakte“ lagen 11 Anträge vor. Es wurde beschlossen, den Bundesvorstand des DGB aufzufordern, in die Gedenkfahrten zu den antifaschistischen Mahnstätten auch Buchenwald in der DDR mit einzubeziehen und „über die Gedenkstättenfahrten hinaus in Zukunft Informationsfahrten nach Osteuropa zu genehmigen, die der Gewerkschaftsjugend die Möglichkeit des Kennenlernens der Lebens- und Arbeitsbedingungen in diesen Ländern schaffen“.

Auf dieser Jugendkonferenz wurden die Delegierten, im Unterschied zum 5. Jugendkongreß, nicht angehalten, sich reinen „Fachproblemen“ statt der politischen Thematik zu widmen. Vielmehr wurden die jungen Gewerkschafter sowohl durch Günter Stephan als auch durch den DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg in ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortungs-freude bestärkt.

Vom Können oder Versagen dieser Generation hänge für die Gesellschaft mehr ab als je zuvor, sagte z. B. Ludwig Rosenberg in seinen Begrüßungsworten. Wenn es in diesem Lande nicht gelänge, in kürzester Frist eine feste und sichere Basis für eine demokratische Ordnung und ein verantwortungsvolles Staatsbewußtsein der Bürger zu schaffen, dann sei wirklich die Furcht vor der Zukunft nicht unberechtigt.

Die DGB-Jugendkonferenz begrüßte in einer Initiativ-Entschließung die Entschlie ßung der Evangelischen Kirche Deutschlands zur Ost- und Vertriebenenpolitik der Bundesregierung in ihren wesentlichen Tendenzen und erklärte, „daß das Spiel mit den Gefühlen vertriebener Menschen, dessen sich einige radikale Verbandsfunktionäre schon aus Tradition bemeißigen, ein Ende haben muß“.

Ebenso eindeutig sind auch die Aussagen der Jugendkonferenz zu anderen Fragen der allgemeinen Politik, wie zu den Notstandsgesetzen, zur Abrüstung und Friedenssicherung (siehe Auszüge aus den Beschlüssen) und zu der besorgniserregenden Entwicklung im Bereich der politischen Justiz in der Bundesrepublik, die in immer stärker-

rem Maße zur Unterdrückung der Meinung Andersdenkender aktiv werde. Die Innen- und Justizminister von Bund und Ländern werden aufgefordert, Schritte zu unternehmen, um den Mißbrauch der politischen Strafjustiz zur Unterdrückung Andersdenkender unmöglich zu machen.

Weitere Beschlüsse fordern u. a. die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, die Verkürzung der Wehrpflicht auf 12 Monate als bundesdeutscher Beitrag zur Abrüstung, die Beibehaltung des 1. September als Antikriegstag, die Beendigung des Vietnam-Krieges durch eine friedliche Regelung auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes des vietnamesischen Volkes, einen Zeitungsaustausch mit der DDR und die Beteiligung an den Weltjugendfestspielen, um nur einige zu nennen.

Mit gleicher Intensität wie für die politischen Probleme engagierten sich die Delegierten der Gewerkschaftsjugend für ihre gesellschafts- und sozialpolitischen Anliegen. Die Mitbestimmung in der Wirtschaft sei ein untrennbarer Bestandteil der Demokratie. Die Konferenz drängte den Gesetzgeber mit entsprechenden Beschlüssen, in kürzester Zeit das längst fällige Berufsausbildungsgesetz zu schaffen, das Jugendarbeitsschutzgesetz zu verbessern, das 9. bzw. 10. Schuljahr für Schüler und 24 Tage Mindesturlaub für alle jugendlichen Arbeitnehmer einzuführen. Den Jugendvertretern sollen im Betriebsverfassungsgesetz Kündigungsschutz und mehr Rechte im Betrieb eingeräumt werden.

Die 6. Bundesjugendkonferenz des DGB, die unter dem Motto „Demokratie — Auftrag für die Jugend“ durchgeführt wurde, hat ein hohes gesellschaftliches Niveau der Gewerkschaftsjugend unter Beweis gestellt. Sie hat den Auftrag, die Demokratie mitzugestalten, ihr lebendigen Inhalt zu geben und sie vor allem zu verteidigen, angenommen.

K. Kilian

BESCHLÜSSE

Stellungnahme zur Mitbestimmung

Die bisherige Wirtschafts- und Steuerpolitik der Regierungskoalition führte zu einer wirtschaftlichen Machtkonzentration, die nicht ohne Einfluß im politischen Bereich geblieben ist. Um diese

Wissenschaftliche Erkenntnisse unpopulär?

Von Dr. Karl-Heinz Schwank

In der Reihe unserer wirtschaftswissenschaftlichen Aufsätze, die sich mit der ökonomischen und gesellschaftlichen Situation in der Bundesrepublik beschäftigen, veröffentlichen wir heute einen kritischen Aufsatz über die Behandlung von Wissenschaftlern in der Bundesrepublik, deren objektive Forschungsergebnisse im Widerspruch zu der Meinung der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik stehen. Es ist ganz ohne Zweifel ein Anliegen der Gewerkschaften, enge Beziehungen zu den Wissenschaftlern zu suchen, die sich nicht scheuen, ihre kritische Einstellung zur

Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung und der Staatsbürokratie offen zum Ausdruck zu bringen. Das Beispiel der Initiative einer großen Anzahl Wissenschaftler zur Frage der Notstandsgesetze hat deutlich gemacht, daß die Gewerkschaften in den Kreisen mutiger und objektiver Wissenschaftler viele Verbündete haben. Diese Beziehungen zu fördern und zu pflegen, gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften, nicht zuletzt im Hinblick auf ihren Kampf um die Ausweitung der Mitbestimmung und um die Demokratisierung unserer Wirtschaft.

Nachdem der Bundesvorstand des DGB in seinem Schreiben vom 2. Juli 1965 an Ludwig Erhard erneut vorgeschlagen hatte, den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit der Erarbeitung eines Gutachtens über die Preissituation in der Bundesrepublik zu beauftragen, veröffentlichte der „Industriekurier“ bereits am 8. 7. 1965 den Vorschlag einer Antwort Erhards an die Gewerkschaften. Entschieden gegen die Gewerkschaften Front beziehend, hieß es hier unter anderem zu den Darlegungen im Brief des DGB über die Ursachen der Preissteigerungen: „Die Vorwürfe, die in Ihrem Brief enthalten sind, richten Sie bitte zu großen Teilen an Ihre eigene Adresse.“ Im Antwortschreiben des Bundeskanzlers war dann u. a. zu lesen, daß der DGB die „Bemühungen der Bundesregierung ... nicht durch unsachliche Kritik erschweren“ solle.

Nicht ins Konzept gepaßt

Dem war allerdings bereits eine Diskussion u. a. auch zu dieser Problematik vorausgegangen, ausgelöst durch den ersten Jahreswirtschaftsbericht des Sachverständigenrates. Ausgehend von ihrem wissenschaftlichen Standpunkt, hatten sich jene fünf Wissenschaftler, die diesem Gremium angehören, offensichtlich bemüht, eine objektive Diagnose der Wirtschaft der Bundesrepublik zu erarbeiten. Im Gegensatz zu jenen, die immer wieder an die Adresse der Arbeiter, Angestellten und Beamten ihre Predigten vom Maßhalten richteten, die unermüdlich von einer angeblichen Lohn-Preis-Spirale sprechen und den Gewerkschaften den Schwarzen Peter im Hinblick auf die permanente Geldentwertung in der Bundesrepublik zustecken möchten, kamen diese Wissenschaftler jedoch zu der Feststellung, daß in erster Linie andere Faktoren verantwortlich für die inflationistischen Tendenzen seien und nicht die Gewerkschaften. Faktisch wurde das auch nochmals ausdrücklich mit einer Feststellung des Gutachtens bestätigt, wonach die Gewerkschaften mit ihren Lohnforderungen „im Vergleich zu ausländischen Gewerkschaften im großen und ganzen verhältnismäßig zurückhaltend“ waren.

Diese und andere Darlegungen im Gutachten des Wissenschaftlergremiums lösten eine bemerkenswerte Reaktion aus. Kaum waren sie bekannt, wandte

sich die Bundesregierung in scharfen Worten dagegen und gab zu verstehen, daß sie nicht daran denke, diese Gutachten in ihrer Wirtschaftspolitik zu beachten. Die fünf Wissenschaftler wurden vielmehr von der Bundesregierung im wahrsten Sinne des Wortes abgekanzelt.

Angriffe gegen Professoren

Aufgebracht zitierte der „Industriekurier“ am 20. 3. 1965 die Ausführungen des Vertreters des DGB auf einer von der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft veranstalteten Aussprache: „Das Gutachten hat die beliebten Propagandathesen gegen die Gewerkschaften — zu denken ist nur an das Schlagwort von der Lohninflation — nicht aufgegriffen. Das Gutachten hat bewiesen, daß dieses Schreckgespenst von einer Lohninflation, von einer Überforderung der Wirtschaft von der Lohnseite her, nicht gegeben ist. Das Gutachten hat bewiesen, daß eine Lohninflation nicht Ursache der Preissteigerungen war. Als diese Erkenntnis feststand, brach das Interesse an dem Gutachten ab; ein Indiz dafür, daß die Diskussion der letzten Jahre gar nicht geführt wurde aus Sorge um die Preisstabilität, sondern um politisch-soziale Reaktion zu machen.“

Die Zeitung war darüber vor allem deshalb erzürnt, weil diese Ausführungen, wie es hieß, „in der Aussprache im wesentlichen unwidersprochen“ blieben. So zog sie deshalb auch gegen alle zu Felde, die in der Diskussion über die Ursachen der Inflationstendenzen nicht gegen die Thesen des Gutachtergremiums Front bezogen; nicht nur gegen Dr. Koch, Prof. Bauer und Prof. Giersch vom Sachverständigenrat selbst, sondern auch gegen Prof. Willgerodt. Aber auch der anwesende Vertreter der Bundesregierung wurde kritisiert, der deren gegenteiligen Standpunkt „nicht begründen“ konnte, sowie der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Frickhöffer, der dort ebenfalls laut „Industriekurier“ bestätigte: „Für die Preissteigerungen der letzten Jahre können die Gewerkschaften nicht verantwortlich gemacht werden.“

Kritische Resultate nicht gefragt

Woraus resultieren die negativen Einschätzungen der Arbeitsergebnisse dieses Wissenschaftlergremiums durch Bundesregierung, Unternehmerverbän-

de und einen Teil der Presse? Offensichtlich sind wissenschaftliche Feststellungen dieser Art bei der Bundesregierung und bei jenen, die maßgebenden Einfluß im Staat ausüben, nicht gefragt; zweifellos beschworen diese Feststellungen den Zorn deshalb herauf, weil sie mit vielen offiziellen Dogmen nicht konform gehen. So wie die Beschimpfung Rolf Hochhuths als „kleiner Pinscher“ aus Hochhuths kritischer Einstellung zur bundesdeutschen Gesellschaftsordnung entsprang, resultieren jene Attacken auf die Wissenschaftler ebenfalls aus dem Ärger über kritische Resultate ihrer wissenschaftlichen Forschung. Wissenschaftliche Analysen dieser Art widersprechen offiziellen Grundthesen, beispielsweise der vom „Maßhalten“ der Arbeiter und Angestellten — daher diese Reaktionen.

Dabei war es nicht das erstmal, daß es Wissenschaftlern in der Bundesrepublik so erging. Das Beispiel der Konzentrationsenquete ist in diesem Zusammenhang nicht weniger interessant. Auch hier wurden Wissenschaftler herangezogen, um an der Untersuchung mitzuarbeiten, die auf Grund eines Gesetzes des Bundestages zur Analyse der Machtkonzentration der Großunternehmen in Angriff genommen wurde. Die Tätigkeit der Wissenschaftler wurde jedoch von staatlicher Seite aus so eingeeengt, daß nach und nach alle Hochschulprofessoren unter Protest ihre Berufung in diese Kommission zurückgaben. Nach Bekanntgabe der ersten Ergebnisse der Enquetenuntersuchungen im vergangenen Jahr, die die wachsende Machtkonzentration der Monopole bestätigten, sind die in dieser Kommission verbliebenen Mitglieder von der Bundesregierung ebenfalls, wie es eine bekannte Tageszeitung formulierte, „bemerkenswert deutlich gerügt“ worden.

Fachkräfte sind unentbehrlich

Die Heranziehung von Wissenschaftlern, insbesondere von Wirtschaftswissenschaftlern, wird in dem Maße umfangreicher, wie der Staat in zunehmender Weise ökonomische Lenkungs-funktionen ausübt. So sind u. a. in zentralen Institutionen wie dem Bundesministerium für Wirtschaft, im Zentralbankensystem usw., viele wissenschaftlich ausgebildete Fachkräfte tätig. Daneben haben sich weitere Formen entwickelt, um das Fachwissen von Wirt-

schaftswissenschaftlern aus Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstituten dem ökonomischen Handeln des Staates nutzbar zu machen. In den verschiedensten wissenschaftlichen Beiräten der Ministerien sind über 70 Professoren, darunter wiederum zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler, vertreten. Wie die Erfahrungen zeigen, besteht jedoch offensichtlich keine ausgesprochene „Harmonie“ zwischen den Vertretern des kapitalistischen Staates als Interessenvertreter der herrschenden Schichten in der Bundesrepublik und den Wissenschaftlern, auf die er aber mehr und mehr angewiesen ist, um seine umfangreichen wirtschaftlichen Funktionen ausüben zu können. Gerade die Diskussionen um die in diesem Aufsatz angeführten Gutachten beweisen dies.

Mitbestimmung fördert den Fortschritt

Zweifelloso stehen Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung nicht selten im Gegensatz zu den Vorstellungen des monopolkapitalistischen Staates von heute und den Kräften, die sein Handeln weitgehend bestimmen. Sachwissen, wissenschaftliche Objektivität und das Streben nach Wahrheit, sind in vielen Fällen dann nicht gefragt und werden unterdrückt, wenn sie sich gegen die Interessen der Konzerne und Monopole richten. Das ist allerdings eine Entwicklung, die mit demokratischen Grundsätzen nichts mehr gemein hat. Wenn wissenschaftliche Erkenntnisse ignoriert oder unterdrückt werden, sobald sie den Interessen eines kleinen Teiles der Gesellschaft wider-

sprechen, jenem Teil der Gesellschaft, der den Ausschlag für die staatlichen Entscheidungen gibt, kann von einer demokratischen Grundlage des Staates nicht gesprochen werden.

Die Forderung der Gewerkschaften nach Ausweitung der Mitbestimmung bedeutet darum gleichzeitig die Forderung nach der Anerkennung objektiver wissenschaftlicher Erkenntnisse in bezug auf wirtschaftspolitische Probleme und Praktizierung der sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen. Eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik wird nicht von den „Konformisten“ begründet; sie wird vielmehr von jenen Kräften aufgebaut, die den Mut zur ungeschminkten Wirklichkeitsanalyse und zu neuen Wegen in der Wirtschaftspolitik haben.

IBFG und WGB müssen zueinander finden

Auf der Suche nach neuen Wegen — Ein kritisches Referat auf dem WGB-Kongreß

Wir berichteten bereits im Novemberheft der NACHRICHTEN über den Verlauf des Warschauer Kongresses des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), speziell unter dem Gesichtspunkt der für uns in der Bundesrepublik besonders interessierenden Fragen der Zusammenarbeit und der Problematik im EWG- und EFTA-Raum. Besonders eingehend hat sich mit diesen Problemen, und auch mit der Gewerkschaftsarbeit in den sozialistischen Ländern, das Präsidiumsmitglied des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) Otto Horn befaßt. (Siehe auch das Interview in dieser Ausgabe.) Der Österreichi-

sche Gewerkschaftsbund ist Mitglied des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, dem auch der Deutsche Gewerkschaftsbund angehört. Im ÖGB gibt es drei Fraktionen — die sozialdemokratische, die kommunistische und die christliche. Horn ist Vorsitzender der (kommunistischen) „Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit“, wie sie sich nennt. Diese Gruppe hat auch nach der Abspaltung der späteren IBFG-Gewerkschaften im Jahre 1948 vom WGB ihre Beziehung zum Weltgewerkschaftsbund nicht aufgegeben. Ihre Anhänger bekleiden im ÖGB, ebenso wie die Mit-

glieder der beiden anderen Fraktionen, führende Funktionen.

Die Rede Horns in Warschau, die wir im folgenden wiedergeben, scheint uns, stellvertretend für andere, typisch für die Ernsthaftigkeit des Suchens nach neuen Wegen zur Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu sein, das den VI. WGB-Kongreß kennzeichnete. Zugleich dürfte das Studium dieser Rede den Leser in die Lage versetzen, zu beurteilen, ob auf „kommunistischen“ Gewerkschaftskongressen — wie es so gern kolportiert wird — wirklich keine „echte Diskussion“ möglich ist.

Die Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse in den verschiedenen Teilen der Welt sind sehr unterschiedlich. In der schon vor dem Kongreß durchgeführten Diskussion zu den vorgelegten Thesen als auch in der auf diesem Kongreß geführten Debatte zur Geschäftsordnung hat diese Verschiedenheit der Kampfbedingungen ihren Ausdruck gefunden. Die wesentliche Ursache scheint in der überaus widerspruchsvollen Entwicklung zu liegen, die wir in einem noch nie dagewesenen Ausmaß seit 1945, aber vor allem auch seit dem 5. Weltkongreß im Jahre 1961 mitgemacht haben und weiterhin mitmachen. Wir reden von einer Stärkung des Lagers des Friedens, also der Kräfte, die bestrebt sind, einen 3. Weltkrieg, der ein Krieg der Vernichtung des Lebens auf dieser Erde sein würde, sehen aber gleichzeitig, daß wir in diesen zwanzig Jahren seit 1945 noch nie so nahe am Rande eines solchen Vernichtungskrieges gestanden haben wie gerade jetzt. Die Zahl und das Ausmaß der schon offen aufgetretenen Konflikte ist größer geworden, immer neue Konflikte kündigen sich an.

Der Zerfall des Kolonialsystems hat nicht die insbesondere vom sozialistischen Teil der Arbeiterbewegung oftmals vorausgesagte Katastrophe für die kapitalistischen Mutterländer mit sich gebracht. Im Gegenteil. Neue Perspektiven haben sich für diese kapitalistischen Länder, für den Kapitalismus als ein noch immer in großen Teilen der Welt bestehendes System eröffnet. Und der Kapitalismus ist nicht an diesen seinen inneren Widersprüchen zugrunde gegangen, er hat sich als sehr lebensfähig erwiesen und beweist dies immer wieder von neuem.

Angesichts solcher Feststellungen, die in einem Diskussionsbeitrag nur sehr allgemein festgehalten werden können, scheint es richtig, wenn den Thesen, die dem Kongreß

vorgelegt wurden, ein gewisser Schematismus in der Herausarbeitung einer Analyse der gegenwärtigen Situation vorgeworfen wird. Kann so ohne weiteres von der gesamten Gewerkschaftsbewegung eine Feststellung wie: „Die wichtigste Tatsache ist die Verschärfung aller Widersprüche des Kapitalismus auf Grund der Entwicklung seiner allgemeinen Krise“ akzeptiert werden? Niemand, der eine ernsthafte Prüfung der Entwicklungstendenzen im Kapitalismus anstellt, bestreitet diese Entwicklung zur allgemeinen Krise des Kapitalismus. Aber wie stellt sich den Massen der Arbeiter und Angestellten diese allgemeine Krise des Kapitalismus in den Ländern einer nun schon viele Jahre bestehenden Konjunktur, einer ununterbrochenen Vollbeschäftigung, mehr noch, eines Mangels an Arbeitskräften, dar? Können wir in solchen Ländern mit derartigen allgemeinen Feststellungen überhaupt etwas anfangen? Kann sie aber andererseits für alle Länder von vornherein als unzulänglich und inhaltslos bezeichnet werden, ja, darf sie als prinzipiell unrichtig zurückgewiesen werden?

Eine andere Stelle der Thesen nimmt zur Frage der Planung im Kapitalismus Stellung. Es wird dort festgestellt, daß die Versuche einer solchen Planung ständig mit den Gesetzen des Kapitalismus in Widerspruch geraten und daß sie nur den Monopolen dienen, weil die Mittel des Staates in den Dienst dieser Monopole gestellt werden. Kann diese These Allgemeingültigkeit beanspruchen? Hängt das Problem der Planung, auch im Kapitalismus, und die Haltung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen dazu nicht vielmehr von dem Grad der Stellung ab, die sich die Arbeiterbewegung in einem kapitalistischen Land erkämpfen konnte?

Kollege Warnke hat einige Bemerkungen über das Problem der Mitbestimmung gemacht, um die die Arbeiterschaft in

einer Reihe kapitalistischer Länder, so auch in Österreich, unmittelbar kämpft. Die Redezeit erlaubt es mir nicht, auf den ganzen Umfang dieses Problems, mit dem wir uns in Österreich schon sehr eingehend auseinandergesetzt haben, einzugehen. Aber eines steht jedenfalls fest: Die Durchsetzung einer wirklichen Mitbestimmung der Arbeiterklasse in wirtschaftlichen Fragen, von der Basis bis zur Spitze, ist ein Element harter Klassenauseinandersetzung, verändert die Situation zugunsten der Arbeiterklasse, schafft neue Ausgangspunkte im Kampf für die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung, ist eine wesentliche Etappe auf dem friedlichen Weg zum Sozialismus. Uns muß bewußt sein, daß diese Mitbestimmung nicht das Ergebnis einer Politik der Klassenzusammenarbeit oder — wie es bei uns heißt — der Sozialpartnerschaft sein kann, sondern ein Teilergebnis auf einem friedlichen Weg zum Sozialismus, ein Weg, der — weil friedlich — deshalb kein kampfloser Weg zum Sozialismus ist.

Diese beiden Beispiele aus den Thesen zeigen die ganze Problematik von Versuchen, die Verschiedenheit und die Widersprüchlichkeit der Entwicklung in allgemein formulierte Feststellungen einzufangen. Dabei konnte ich nur auf zwei für kapitalistische Länder sichtlich wesentliche Beispiele hinweisen.

Es ist unserer Meinung nach in der heutigen Zeit und bei der gegenwärtigen Lage ganz ausgeschlossen, Ziele und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung in allen Zonen und Ländern und für alle Zonen und Länder so darzustellen, daß sie allgemeine Gültigkeit haben und von allen vorbehaltlos unterschrieben werden können. Diese Erkenntnis zwingt uns, daß wir uns mit allen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften betreffenden Fragen und Probleme regional auseinandersetzen, um die wirksamsten Methoden des Kampfes zu finden, wobei Übereinstimmung und Zusammenhang der Kämpfe in einem Teil der Welt mit den Zielen und Aufgaben in anderen Teilen der Erde nicht verlorengehen darf. In diesem Sinne besteht eine Universalität des Kampfes, eine weltumspannende Gemeinsamkeit der Arbeiterbewegung.

Diese Feststellung zwingt aber auch zu erkennen, daß ein internationales Gewerkschaftszentrum in der heutigen Zeit kein Generalstab eines alle Kontinente und Länder umfassenden Kampfes sein kann, sondern dieses Zentrum die Aufgabe hat, ein Organ der allgemeinen Orientierung zu sein, sich damit zu begnügen, daß diese Orientierung zu einem Leitfaden der Arbeit und des Kampfes in jedem Land wird, angepaßt den Bedingungen des jeweiligen Landes und den Erfordernissen seiner Arbeiterklasse.

Diese Erkenntnis zwingt uns aber auch, bestimmte Schlußfolgerungen zu ziehen, die in den grundsätzlichen Bestimmungen über Ziel und Aufgaben des WGB aber auch in seiner organisatorischen Struktur Ausdruck finden müssen. Dabei geht es in keiner Weise, wie es manchmal dargestellt wird, um eine organisatorische Zerreißung des WGB, es geht auch nicht um Fragen der Ideologie oder einer Entideologisierung, sondern einzig und allein darum, wie aus dem sehr machtvollen internationalen Gewerkschaftszentrum, das unser WGB darstellt, ein noch wirksameres Instrument der Entfaltung des Klassenkampfes und der Organisation der Arbeiterklasse in diesem Kampf gemacht werden kann.

Gestalten Sie, daß ich in diesem Zusammenhang auch einige Worte zu einem Problem sage, das nur im WGB eine Rolle spielt. Das ist das Problem der Rolle der Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern. Sie werden vielleicht fragen, wieso ich, aus einem kapitalistischen Land kommend, dazu spreche. Nicht nur deshalb, weil Österreich an drei sozialistische Länder grenzt, seine Hauptstadt nur 40 bis 60 km von zwei dieser Grenzen entfernt ist; auch nicht nur deshalb, weil der Österreichische Gewerkschaftsbund, der dem IBFG angehört, zu den Gewerkschaften der sozialistischen Länder gute Beziehungen unterhält, sondern deshalb, weil die Problematik der Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern von größter Bedeutung für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den kapitalistischen Ländern ist. Der Österreichische Gewerkschaftsbund ist die

einzige und einheitliche Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter und Angestellten Österreichs, in der, obwohl er dem IBFG angehört, die Gewerkschafter, die sich zum WGB bekennen, auch führende Positionen einnehmen und Funktionen ausüben.

Niemand, wenn er gewillt ist, auch nur objektiv zu urteilen, bestreitet, daß es neue Erfolge in den sozialistischen Ländern beim Aufbau der Wirtschaft und in den gesellschaftlichen Veränderungen gibt. Aber gibt es nicht auch und gar nicht unwesentliche Schwierigkeiten? Sie werden doch von den Ländern selbst gar nicht verschwiegen. Aber es geht um mehr als nur um diese Schwierigkeiten. Es geht um die Rolle, die die Gewerkschaften in diesen Ländern spielen, es geht um ihre Rolle, die sie bei diesem gewaltigen Prozeß der Neugestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft in ihren Ländern einnehmen.

Sie, die Gewerkschaften in diesen Ländern, sind die Repräsentanten der gesamten Arbeiterklasse ihrer Länder, jener Klasse, die die anderen Klassen entmacht hat und nunmehr alleinverantwortlich ist für den Neuaufbau. Wir in den kapitalistischen Ländern kämpfen für mehr Recht der Arbeiterklasse, für Demokratie, für Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir sagen den Arbeitern, daß aber die Vollendung dieser Ziele und Ansprüche nur in der umwälzenden Veränderung der Wirtschaft und Gesellschaft möglich ist. Um so wichtiger ist es daher für uns, den Arbeitern zu beweisen, daß diese Behauptung richtig ist.

Es geht darum, welche Rolle spielen diese Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern in der Entwicklung der Demokratie. Das ist die Schlüsselfrage. Deren Beantwortung wird viel mehr als jede materielle Überlegenheit im Lebensstandard und im sozialen Recht die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus beweisen. Das Ausmaß der Freiheit des einzelnen innerhalb der organisierten Gemeinschaft wird zum Prüfstein der Überlegenheit des Sozialismus werden. Die Lösung wird meiner Meinung nach nur gefunden werden können, wenn die Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern als selbständige und unabhängige Organisationen der Arbeiterklasse nach innen und außen wirken.

Die Demokratie im Sozialismus ist die Lösung eines Problems, das im Kapitalismus unlösbar ist, nämlich die Synthese zu finden zwischen maximalster persönlicher Freiheit innerhalb der gesellschaftlich notwendigen Verpflichtungen. Und dieses Problem einer echten Demokratie in einer klassenlosen und organisierten Gesellschaft zu lösen, sind die Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern berufen...

Glauben Sie mir, das Problem der Rolle der Gewerkschaften in den Ländern des Sozialismus ist von größter Bedeutung für uns als Gewerkschafter in den kapitalistischen Ländern, die wir uns zum WGB bekennen. Deshalb, glauben wir, mußte sich der WGB in seinen Beratungen auch kritisch mit den Problemen der Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern auseinandersetzen. Dazu genügen aber die in den Thesen zu diesen Problemen gemachten Feststellungen nicht. Uns scheint eine viel eindeutiger Formulierte notwendig zu sein, die, von der Rolle der Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern als unabhängige und selbständige Organisation der gesamten Arbeiterklasse ausgehend, aufzeigt, welche Aufgaben den Gewerkschaften in diesen Ländern unter den Bedingungen des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft zukommen.

Und nun zur Frage der Einheit. Wir dürfen nicht nur vom Bestehen einiger internationaler Gewerkschaftszentren, wie WGB, IBFG, christliche Gewerkschaftsinternationale ausgehen. Abgesehen davon, daß es große Landeszentralen gibt, die keinem internationalen Zentrum angeschlossen sind, so ergibt sich aus der Gemeinsamkeit von Aufgaben und des Kampfes die Notwendigkeit regionaler Zusammenschlüsse und Verbindungen.

Wenn wir uns die Verhältnisse in Europa ansehen, so müssen wir feststellen, daß mit Ausnahme in Italien und Frankreich, wo die dem WGB angeschlossenen Gewerkschaftszentralen führend sind, in allen übrigen kapitalistischen Ländern Europas die Gewerkschaften des IBFG dominieren.

Das Problem der Einheit weist daher in Europa andere Perspektiven auf als in anderen Teilen der Welt. Andererseits ist sicher, daß es in Europa nicht unabhängig von den anderen Teilen der Welt gelöst werden kann.

Es gibt Differenzen und Gegensätze zwischen den Gewerkschaften innerhalb des IBFG. Aber gibt es solche woanders nicht? Ich glaube, es wäre unrichtig, das Problem der Wiederherstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit auf einen Zerfall des IBFG aufzubauen, wie es ebenso unrichtig wäre, würde dies von anderer Seite auf den Zerfall des WGB aufgebaut werden. Aber mir scheint es ebenso richtig, daß es nicht heißen kann: Einheit nur auf dem Boden des WGB, wie es ebensowenig heißen kann: Einheit nur im IBFG.

Daher scheint es mir, daß es nur Deklamation bleiben muß, wenn in den Thesen steht: „Der WGB ist die einzige wirklich universelle, demokratische, unabhängige und freie internationale Gewerkschaftsorganisation.“ Die Thesen berufen sich zur Begründung darauf, daß dem WGB Gewerkschaften von Ländern aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme angehören. Aber behauptet nicht der IBFG ebenfalls, diese einzige demokratische und freie Gewerkschaftsinternationale zu sein? Auch er vereinigt Gewerkschaften aus Ländern verschiedenster Systeme, mit Ausnahme von sozialistischen Systemen.

Zwanzig Jahre sind es seit der Gründung des WGB. Aber 17 Jahre sind es seit seiner Spaltung. Eine neue Generation von Millionen Gewerkschaftern, von Hunderttausenden Gewerkschaftsfunktionären ist herangewachsen, ist zu den Gewerkschaften, solchen des WGB und solchen des IBFG, gekommen. Neue Schichten sind in die Arbeiterbewegung eingeströmt. Mehr als 200 Millionen Werktätige sind organisiert, im Vergleich zu etwa 65 Millionen im Jahre 1945.

Die bewußten Teile der Arbeiterklasse sind vom Willen zur Einheit erfüllt. Aber immer kleiner wird die Zahl derer, die die Spaltung 1948 miterlebt hat. Die Ursachen dieser Spaltung des Jahres 1948 treten immer mehr in den Hintergrund. Nur wenige wissen und ermessen noch, daß die wirklichen Ursachen der damaligen Spaltung im wesentlichen die gleichen sind wie jene, die heute für die bestehende Spaltung gelten. Es ist der Unterschied in den grundsätzlichen Auffassungen über die Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften als Organe einer von Parteien und Regierungen unabhängigen und selbständigen Interessenvertretung der Arbeiterklasse. Dieser Unterschied besteht in Anwendung oder Ablehnung der Politik der Klassenzusammenarbeit, der Sozialpartnerschaft, wie es bei uns heißt. Diese vorhandene Kluft werden wir aber nicht mit noch so richtigen ideologischen Bekenntnissen überwinden. Dazu wird uns nur eine systematische und auf eine weitere Perspektive des Erfolges ausgerichtete Arbeit helfen.

Wir müssen Initiativen aller Art suchen und sich ergebende Möglichkeiten aller Art ergreifen, um immer wieder nicht nur unseren Willen zur Einheit zu deklamieren, sondern ihn praktisch zu betätigen.

Kollege Saillant hat in diesem Zusammenhang einige große Veranstaltungen angekündigt, die, vom WGB ausgehend, der Einheit dienen sollen. Ich möchte und kann nicht auf alle diese Vorschläge eingehen. Aber einige Bemerkungen hierzu. Schon in Leipzig habe ich im Zusammenhang mit der Einberufung einer gewerkschaftlichen Welthandelskonferenz gemeint, daß wir doch versuchen sollten, diese Konferenz im Zusammenwirken mit dem IBFG durchzuführen. Kollege Saillant hat in Leipzig selbst darauf hingewiesen, daß es in einigen Punkten Übereinstimmung zwischen den Auffassungen des WGB und des IBFG über die Aufgaben einer solchen Konferenz gibt. — Darf ich die Frage stellen, welche Bemühungen wurden in dieser Richtung gemacht?

Es wird angekündigt, daß eine Weltkonferenz für soziale Sicherheit einberufen wird. Es gab eine solche 1953. Sie wurde zum Motor einer sozialen Entwicklung in sozial besonders rückständigen Ländern. Richtigerweise wird angekündigt, daß eventuell Regionalkonferenzen vorausgehen

sollen, weil es regional sehr große Unterschiede in der sozialen Entwicklung gibt.

Es wird eine Frauen-Weltkonferenz zur Verwirklichung der Bukarester Beschlüsse der WGB-Frauenkonferenz angekündigt.

Gleichzeitig wird unterstrichen, daß der letzte IBFG-Kongreß im Juli 1965 ebenfalls eine Charta der Frauen beschlossen hat. Es besteht in einer Reihe von Punkten Übereinstimmung.

Das gleiche trifft für die Jugend zu.

Die Konferenzen, wie sie vom WGB geplant sind, sollen auf der Grundlage der Beschlüsse vorangegangener WGB-Konferenzen stattfinden.

Sollen wir den Weg solcher Konferenzen fortsetzen? Werden solche vom WGB einberufene Konferenzen der Fortentwicklung der Einheit dienen? Oder sollte man nicht überlegen, ob es nicht doch auch andere Wege gibt, solche, bei denen weder der WGB noch der IBFG als Veranstalter und Einberufer auftritt. Hier beginnt das Problem regionaler Konsultationen und die Einwirkung anderer außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehender Institutionen, als eventueller Weg zur Vorbereitung und Einberufung derartiger Veranstaltungen, konkrete Formen anzunehmen. Sich auf ein aus den verschiedenen Programmen entnommenes Mindestprogramm als Grundlage der jeweiligen Konferenz zu einigen, scheint mir dabei ebenfalls richtig und zweckmäßig. Die Vertiefung der Beziehungen zwischen den IBFG-Gewerkschaften und jenen der sozialistischen Länder ist eine weitere ständige Aufgabe. Soweit es an uns in Österreich liegt, werden wir diese Aufgabe erfüllen. Es sollte aber nicht nur bei den Kontakten mit den Gewerkschaften der sozialistischen Länder bleiben. Sie sollten ebenso zu den anderen WGB-Gewerkschaften hergestellt werden.

Sicherlich trägt die Entwicklung im IBFG mit dazu bei, daß die Frage der Einheit neue Perspektiven erhalten hat. Dabei meine ich weniger die Schwierigkeiten im IBFG. Die Gegensätze bei uns haben auch nicht zu einer Stärkung der Weltgewerkschaftsbewegung beigetragen. Ich rede keiner Uniformiertheit der Ansichten das Wort. Ich habe volles Verständnis für die sachliche Vertretung von Ansichten und von Vorschlägen, mache ich doch hier und in meinem Lande von diesem Recht Gebrauch. Aber ich glaube, daß wir in der Aktion einig sein müssen, wenn sie einmal auch nur von einer Mehrheit beschlossen wurde. Demokratie ist Diskussion, aber die Aktion erfordert die Einigkeit und den einheitlichen Einsatz aller Kräfte für den Erfolg. Täuschen wir uns nicht, auch im IBFG gilt dieser Grundsatz. Was wir aber sehen müssen, ist, daß im IBFG gleiche Veränderungen hineinwirken, wie sie für unsere Überlegungen bei der Frage der Einheit maßgebend sind.

Sicherlich, der Antikommunismus innerhalb führender Kreise des IBFG ist noch nicht tot. Er wird immer ein Hemmnis bei der Herstellung der Einheit sein, er wird eine Ursache der Spaltung bleiben, bis er endgültig überwunden ist. Aber der Vorsitzende des westdeutschen DGB, Rosenberg, hat richtigerweise gemeint, daß der Antikommunismus kein Programm sei, man müsse eine echte Alternative zum Kommunismus finden.

Bei der Auseinandersetzung in der Arbeiterbewegung geht es aber um eine echte Alternative zum Kapitalismus, zum Imperialismus und zur Kriegsgefahr. Zur endgültigen Verwirklichung dieser Alternative wird aber eine neuentstandene einheitliche internationale Gewerkschaftsbewegung berufen sein. Die Herstellung dieser Einheit auf der Grundlage von Prinzipien, zu denen sich alle bekennen können und das Trennende auf allen Seiten ausschalten, ist daher die Aufgabe, die vor uns steht. Zur Erfüllung dieser Aufgabe bekennen wir uns.

Der WGB ist ein sehr wesentlicher Teil der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Die Aufgabe unseres Kongresses ist es, zur Lösung der vielgestaltigen Probleme beizutragen. Sie sind schwierig und kompliziert, so schwierig und widerspruchsvoll, wie die Lage in der Welt geworden ist.

gefährlichen Tendenzen zu unterbinden, fordern die Delegierten der Bundesjugendkonferenz eine gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer an den Entscheidungen in allen Bereichen der Wirtschaft. Die Delegierten sind der Auffassung, daß eine demokratische Grundordnung erst dann möglich ist, wenn auch im wirtschaftlichen Bereich demokratische Prinzipien verwirklicht werden. Eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist nur dann gewährleistet, wenn sie unmittelbar am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen, in nationalen und supranationalen Institutionen entscheidend mitwirken können. Die Ausweitung der Mitbestimmung auf alle Bereiche der Wirtschaft ist daher die vordringlichste Aufgabe zur Sicherung einer fortschrittlichen demokratischen Grundordnung. (Auszug)

Entschiebung

gegen Notstandsgesetzgebung

Die Delegierten der 6. Bundesjugendkonferenz lehnen weiterhin jede Notstandsgesetzgebung ab. Sie sind der Meinung, daß unser Grundgesetz genügend Sicherungen für die Überwindung eines eventuellen Notstandes beinhaltet ... Sie fordern Bundesvorstand, Bundesausschuß und alle gewerkschaftlichen Gremien auf, zu aktuellen Anlässen (z. B. Beratung im Bundestag) auf Kundgebungen unseren ablehnenden Standpunkt in der Öffentlichkeit zu begründen und zu demonstrieren. Außerdem muß für eine genaue Beobachtung der Entwicklung, für eine ausführliche Information aller Gewerkschaftsmitglieder und für eine organisatorische Vorbereitung zum Einsatz aller uns zur Verfügung stehenden Mittel gesorgt werden. Weiter fordern sie DGB-Bundesvorstand und Bundesausschuß auf, erneut den gewerkschaftlichen Standpunkt mit allem Nachdruck gegenüber den politischen Parteien und den Bundestagsabgeordneten zu vertreten. (Auszug)

Entschiebung zur Friedenspolitik

Die 6. ordentliche Bundesjugendkonferenz des DGB wendet sich erneut gegen die atomare Gefahr und das atomare Wettrüsten in Ost und West. Sie fordert die Bundesregierung und die politischen Parteien auf, eigene Abrüstungsinitiativen zu entwickeln und auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr endgültig zu verzichten. Der Plan, an der Zonengrenze oder anderswo Sperrgürtel durch Atomminen zu errichten, darf nicht verwirklicht werden ... Der DGB hat auf seinem Kongreß in Hannover die Bundesregierung und die politischen Parteien aufgefordert, eigene Initiativen zur Abrüstung zu ergreifen und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten. Darüber hinaus glauben wir weiter, daß es Zeit ist, daß sich jeder Bundesbürger an Aktionen demokratischer Bewegungen beteiligt. Die Delegierten

Angestelltenkonferenz des DGB

Angestellte im Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft Bestätigung der Gemeinsamkeiten mit den Arbeitern

Der Mythos von einer besonderen Welt und Geisteshaltung der Angestellten sei durch die technische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf unsere Gesellschaft auf ein Minimum reduziert worden. Das stellte der DGB-Vorsitzende, Ludwig Rosenberg, vor dem fünften Angestelltentag des DGB in Bad Godesberg fest. Auch der Angestellte sei heute ein Arbeitnehmer, der sich nicht selten in einer weniger günstigen Situation befinde als der Arbeiter, und seine tatsächliche Lage sei nur durch den Mangel an Arbeitskräften überdeckt.

Vor einigen Jahren hatte der ehemalige Bundesminister für Arbeit- und Sozialordnung, Blank, einen Kreis von Wissenschaftlern damit beauftragt, eine Definition des Begriffes „Angestellter“ zu erstellen, sowie Strukturmerkmale, die den Standort des Angestellten in unserer Gesellschaft kennzeichnen, zu umreißen. Zweifellos standen hinter diesem Auftrag ständische Vorstellungen Blanks, die Angestellten als einen Teil des sogenannten Mittelstandes vom Arbeiter abzugrenzen. Dieser Versuch ist gründlich mißlungen. Das Ergebnis der Entwicklung seither ist kaum treffender umrissen worden, als es auf dem Angestellten-Kongreß geschah.

Die Schlußfolgerung daraus ist, daß der Angestellte heute umso mehr genötigt bleibt, sich im Rahmen des Industriegewerkschaftsprinzips mit den Arbeitern in einer großen Gemeinschaft zu organisieren, um gemeinsam Lebensstandard, Arbeitsbedingungen sowie den gesellschaftlichen und sozialen Status aller Arbeitnehmer mitzugestalten.

Zum Verständnis dieser Notwendigkeit bietet sich geradezu das Beispiel der Rentenversicherungen an. Jahrzehntlang haben die Angestellten die für sie vorteilhafteren Regelungen der Angestelltenversicherung verteidigt und zum Teil geschieht das auch heute noch. Aber dieser Vorteil droht für einen großen Teil der Angestellten verloren zu gehen, wenn bei starrer Versicherungspflichtgrenze immer mehr Angestellte aus der Angestelltenversicherung ausscheiden, während in der Arbeiterrentenversicherung, die keine Versicherungspflichtgrenze kennt, sich allmählich eine Angleichung der Versicherungsleistungen vollzieht und der

sehen in der „Ostermarsch-Kampagne für Abrüstung“ eine Möglichkeit des wirkungsvollen Protestes. (Auszug)

Für Kontakte zum Osten

Die Delegierten der Bundesjugendkonferenz des DGB unterstützen die Entsendung einer Studienkommission des DGB-Bundesvorstandes in die Sowjetunion zur Prüfung von Kontaktmöglichkeiten mit Ostblockstaaten. Sie begrüßen die erfolgreichen Initiativen des Vorsitzenden der OTV in diesem Zusammenhang. Die Gewerkschaftsjugend erwartet, in der Delegation des DGB-Bundesvorstandes vertreten zu sein.

Versicherungsschutz auch bei steigendem Einkommen aufrecht erhalten bleibt. **Wenn hier nicht der Gesetzgeber mit der Dynamisierung der Renten auch eine Dynamisierung der Versicherungspflichtgrenze vornimmt — wogegen sich in den Regierungsparteien starke Widerstände erheben! — so ist bald abzusehen, wann die soziale Sicherung der Arbeiter die der Angestellten überrundet haben wird.**

Dieses Beispiel aus der Sozialversicherung ist charakteristisch für die veränderte Position der Angestellten in der heutigen Wirtschaft. Die große Masse der Angestellten ist heute nicht mehr mit Weisungsbefugnissen ausgestattet und steht nicht zwischen Unternehmern und Arbeitern, obwohl sich das viele Angestellte noch einbilden. Vielmehr geht das sprunghafte Anschwellen der Zahl der Angestellten gegenüber der relativ rückläufigen Zahl der Arbeiter parallel mit dem schwindenden Gewicht der Angestellten.

Im technischen Fortschritt und der Automation gelingt es nur einer verhältnismäßig kleinen Schicht hochqualifizierter Angestellter, die Spitzenposition zu halten. Die Masse der Angestellten und der Arbeiter wird in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und gesellschaftlichen Position mit der Zeit kaum mehr voneinander zu unterscheiden sein. Daß sich die große Masse der gewerkschaftlich organisierten Angestellten dieser schwindenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage bewußt ist, zeigten nicht zuletzt die Diskussionen über die sozialen Auswirkungen der modernen Technik und der Automation.

Auf dem fünften Angestellten-Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes waren mehr als 800 000 in den DGB-Gewerkschaften organisierte Angestellte durch Delegierte vertreten. Damit sind im DGB die Mehrzahl der organisierten Angestellten zusammengefaßt. Die Delegierten waren sich klar darüber, daß die Angestellten auf Grund ihrer Stellung in den Unternehmen, ihres Fachwissens und ihrer Qualifikation einen starken gewerkschaftlichen Machtfaktor darstellen, nicht zuletzt in bezug auf die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften. Sie waren aber nicht im Zweifel darüber, daß ihr Ziel bleiben muß, mit den Arbeitern zusammen eine Veränderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung anzustreben, um eine demokratische Wirtschaftsordnung zu schaffen, in der technischer Fortschritt sich auch in sozialen Fortschritt münden läßt.

Nach dem Wahlsieg: Demaskierung

Die Wahlgeschenke werden wieder eingesammelt Ein Katalog von Streichungen und neuen Belastungen

Ein so ungeniertes regierungsamtliches Bluffen der Wähler, wie es in diesen Wochen nach der Bundestagswahl sichtbar wird, hat es seit der Gründung der Bundesrepublik nicht gegeben. Zwar wurden bislang immer schon vor den Wahlen gewisse „Geschenke“ unters Wahlvolk gestreut und viele Versprechen gemacht; zwar wurden auch in der Vergangenheit nach gewonnener Wahl manche Geschenke wieder eingesammelt und vor allem die Versprechen nicht eingelöst — aber eine so prompte und breit angelegte Rücknahme von Geschenken und Versprechen, wie wir sie augenblicklich erleben, übersteigt alles bisher Dagewesene.

Der Widerspruch zwischen den Wahlversprechen der CDU/CSU und FDP und den Taten ihrer Minister ist so unverhüllt, daß man konstatieren muß: diese Regierung ist unter Vorspiegelung falscher Versprechen an der Macht geblieben. Eigentlich ein Fall für Staatsrechtler und andere Hüter des Rechts, zu prüfen, ob hier nicht großen Stils geschehen ist, was man im Privatleben und in den Sälen der Amts- und Landgerichte als „arglistige Täuschung“ und „Betrug“ brandmarkt.

Rund 7,2 Milliarden DM, so stellte sich gleich nach dem 19. September heraus, würde das Defizit des Staatshaushaltes 1966 betragen, wenn man alle Ausgabenwünsche, und also auch die im Wahljahr beschlossenen, auf Wählerstimmen zielenden Gesetze, realisieren wollte. Natürlich haben das die Finanzexperten der Regierung, die noch im August 1965 ein ausgabewirksames Gesetz nach dem ändern im Parlament einbrachte und mit Hilfe der CDU/CSU-FDP-Mehrheit verabschieden ließ, schon damals gewußt. Aber es galt schließlich die Wahl zu gewinnen.

Jetzt sind die Verantwortlichen der „neuen“ alten Regierung darangegangen, die Wahlbonbons wieder einzusammeln, noch bevor das Volk daran hat lutschen können.

Nach einem Beschluß des Kabinetts soll der Haushalt 1966 auf die Summe von 69,4 Milliarden DM begrenzt werden, das sind noch immer 5,5 Milliarden DM oder 8 Prozent mehr als 1965. Die Erfüllung der Wahlversprechen und anderer Anforderungen hätte aber eines Etats von 76,6 Milliarden DM bedurft. Das drohende Defizit von 7,2 Milliarden DM soll auf folgende Weise vermieden werden:

1. Der Finanzminister wurde vom Kabinett beauftragt, in den Ressortverhandlungen die Anforderungen um 2,1 Milliarden DM zu kürzen; 2. das Kabinett selbst hat bereits von ihm beeinflussbare Ausgabenansätze um 2,2 Milliarden DM herabgesetzt; 3. die dann noch verbleibende Deckungslücke von 2,9 Milliarden DM soll durch ein Haushaltssicherungsgesetz geschlossen werden.

Dieses Haushaltssicherungsgesetz sieht u. a. folgende Maßnahmen vor, die zur Zeit die Bevölkerung und die Gewerkschaften zu heftigen Protesten herausfordern:

■ Die Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte erhält abermals

statt 750 Millionen DM Zuschüsse einen Schultschein;

■ die Zuschüsse zur Familienwochenhilfe an die Krankenkassen werden durch Kürzungen und Aussetzung der Nachzahlungen für die Jahre 1950 bis 1962 um 265 Millionen DM verringert;

■ die Leistungen des Bundes für die Verbesserung des Mutterschutzes in Höhe von 260 Millionen DM werden hinausgeschoben;

■ für 200 Millionen DM Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (Haupt- und Hausratsentschädigung) werden nicht gezahlt;

■ dem Straßenbau werden durch Herabsetzung der Zweckbindung für Einnahmen aus der Mineralölsteuer 220 Millionen entzogen;

■ 220 Millionen DM für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus werden nicht gezahlt;

■ die Ausbildungshilfen (für Schüler) werden um 150 Millionen DM gekürzt;

■ die erste Jahresrate in Höhe von 50 Millionen DM, betreffend Fahrgelderstattung an die Nahverkehrsbetriebe für Schwerbeschädigte, wird ausgesetzt;

■ durch das Hinausschieben der Anpassung an Länderregelungen für die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts an Angehörigen des öffentlichen Dienstes sollen 60 Millionen DM gespart werden;

■ Kürzung der Zuschüsse an die knappschaftliche Rentenversicherung um 100 Millionen DM.

Während es sich bei den genannten Punkten um Forderungen der Regierung an das Parlament handelt, die vor der Wahl beschlossenen Gesetze jetzt entsprechend zu ändern, hat das Kabinett von sich aus bereits eine Anzahl von Kürzungs- bzw. Teuerungsbeschlüssen gefaßt, die zum Teil nicht der Zustimmung des Parlaments bedürfen:

■ Kürzung der Mittel für den Grünen Plan um 40 Millionen DM;

■ Einschränkung des Zweiten Fünfjahresplans für ländliche Siedlungen um 50 Millionen DM;

■ Reduzierung der Bundesbeteiligung am Flüchtlingswohnungsbau um 30 Millionen DM;

■ Senkung der Zuschüsse an die Bundesbahn um 400 Millionen DM;

■ Einsparung von 260 Millionen DM durch Verschiebung der bereits beschlossenen Besoldungserhöhung für Beamte vom 1. 1. bzw. 1. 4. 1966 um je 4 Prozent auf den 1. 4. bzw. 1. 7. 1966. Hier haben inzwischen die Proteste der Bundesbeamten und der Gewerkschaft OTV eine dahingehende Korrektur der Bonner Pläne ergeben, daß je 4 Prozent Gehaltserhöhung am 1. 1. und am 1. 10. 1966 gezahlt werden sollen;

■ auf unbestimmte Zeit vertagt werden soll die Verbesserung der Kriegsopferversorgung. Der Kriegsopferauschuß des Bundestages wurde aufgelöst.

Die Bundesregierung arbeitet jedoch nicht allein mit Streichungen in den Einzeletats; auch Steuer- und Tarifierhöhungen sind vorgesehen:

■ Eine Erhöhung der Branntwein- und Schaumweinsteuer soll 210 Millionen DM einbringen;

■ bei der Bundesbahn werden, vermutlich ab 1. März, die Personen- und Gütertarife erhöht, wovon insbesondere der Berufs- und Schülerverkehr betroffen sein wird. Die Bundesregierung erhofft sich davon eine Mehreinnahme von mindestens 530 Millionen DM;

Das ist aber noch immer nicht alles, wenn man an die von der Bundesregierung zum Teil geduldete, zum Teil sogar inspirierte Preissteigerungswelle denkt (s. dazu „Die Preislawine rollt schneller“). Es stellt sich wieder heraus, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger und die Rentner die in Bonn gemachte Zeche bezahlen sollen. Denn von den 2,9 Milliarden DM, die durch das Haushaltssicherungsgesetz gestrichen werden sollen, entfallen allein 2,2 Milliarden auf sozialpolitisch wirksame Gesetze. In einem Protest des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen diese Art „Sparsamkeit“ heißt es u. a.: „Die Arbeitnehmer wehren sich dagegen, daß sie und ihre Familien für die Folgen des haushaltspolitischen Versagens der alten und neuen Bundesregierung büßen sollen!“ M. Yenda

Vier praktische Vorschläge

1. Statt über die angespannte Arbeitsmarktlage zu jammern, sollte die Wehrdienstzeit ab sofort von 18 Monaten auf 12 Monate herabgesetzt werden. Das würde für den Verteidigungshaushalt beträchtliche Einsparungen bedeuten, dem Arbeitsmarkt neue Kräfte und damit dem Finanzamt auch Steuerzahler zuführen.

2. Die hohen Einkommen müssen höher besteuert werden. Die Bundesrepublik hat den Ruf eines Paradieses für Millionäre gewonnen. Der Auftrag unseres Grundgesetzes aber lautet, die Bundesrepublik zu einem sozialen Rechtsstaat zu machen.

3. Die in den letzten zehn Jahren entstandenen großen Vermögen müssen stärker zur Deckung der Staatsausgaben herangezogen werden.

4. Unsinnige Subventionen müssen gestrichen werden.

(Aus „Metall“, Nr. 23 vom 16. 11. 65)

Dritter Versuch

Siegfried Balke, der als CDU-Abgeordneter dem neuen Bundestag angehörnde Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, hat auf der Abschlußtagung des Verbandes der Ärzte (Hartmannbund) erneut die Einführung einer zusätzlichen Kostenbeteiligung der Patienten an den Behandlungskosten in der sozialen Krankenversicherung gefordert: er befürwortete ein Kostenerstattungssystem, nach dem der Versicherte erst selbst zahlen, und dann einen Teil der verauslagten Kosten von der Kasse zurückerhalten soll. Balke bezeichnete weiter einen „wirksamen“ vertrauensärztlichen Dienst, d. h. eine verschärfte Kontrolle der kranken Arbeiter und Angestellten, als notwendig.

Damit wurde von dem Sprecher der Unternehmervverbände der dritte Angriff auf die soziale Krankenversicherung eingeleitet. Die Gewerkschaften und Sozialverbände müssen sich hier auf eine neue Kraftprobe im Ringen um den Bestand der sozialen Rechte vorbereiten. Schon in den Thesen ihres Düsseldorfer Parteitages hatte die CDU verkündet: „Es ist eine Form der Selbstbeteiligung einzuführen, bei der der Versicherte bei jeder Behandlung ein individuelles Interesse hat.“

CDU/CSU und Unternehmervverbände stört es nicht, daß ihre Behauptung, die Krankenziffern hätten in den letzten Jahren zugenommen, durch die einschlägigen Veröffentlichungen restlos als Zweckpropaganda entlarvt wurden. So u. a. in einer im „Deutschen Ärzteblatt“ erfolgten Veröffentlichung von Dr. Gerhard König, der nachweist, daß die Krankenstandszahlen in den letzten neun Jahren sich zwischen 5 bis 6 v. H. bewegten, also nahezu konstant geblieben sind. CDU/CSU und Unternehmervverbände wollen auch in der Krankenversicherung das soziale Recht abbauen, wie ihnen das schon mit dem sozialen Mietrecht gelungen ist!

Mit Recht wurde in dem Funktionärorgan des DGB, „Die Quelle“ (Nr. 10/1965) festgestellt: „Kostenbeteiligungen treffen insbesondere Familien mit Kindern und alte Mitbürger. Sie erschweren den frühzeitigen Gang zum Arzt, verschlimmern dadurch unter Umständen das Leiden und machen die spätere Heilung um so kostspieliger.“ Doch was schert's die Herren von der CDU/CSU und von den Unternehmerverbänden?! Sie sind doch ohnehin nicht auf den Kassenarzt angewiesen, sondern können sich selbst die teuersten Behandlungen im Krankheitsfalle leisten!

Der DGB und seine Gewerkschaften haben in den letzten Wochen wiederholt eindeutig Stellung gegen jede zusätzliche Kostenbeteiligung genommen. Es gilt den neuen Angriffen auf unser soziales Recht schon in ihren Anfängen zu wehren.

-pp-

Die Preislawine rollt schneller

**Die „schleichende Inflation“ ist zum Dauerzustand geworden
Unter der Erhard-Regierung die höchsten Verteuerungen**

Die Preissteigerungen gehören seit Jahren zu dem gewohnten Bild der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik, und es sieht keineswegs so aus, als ob sich daran unter der neuen Regierung Erhards etwas ändern würde. Im Gegenteil: Die Verteuerung, besonders der Lebensmittel und anderer lebensnotwendiger Waren, ist noch nie so spürbar gewesen wie in den letzten Wochen. Diese Tendenz zur weiteren Verteuerung der Lebenshaltung wird auch durch die Feststellungen des Statistischen Bundesamtes erneut bestätigt.

Vergleicht man, um die Saisonschwankungen auszuschalten, die Lebenshaltungskosten der einzelnen Monate des Jahres 1965 mit den entsprechenden Vorjahresmonaten, dann zeigt sich folgendes Bild: Im Januar und Februar lagen die Preise jeweils um 2,3 Prozent höher. In den vier folgenden Monaten stiegen sie um 2,5—2,6—3,1 und 4,0 Prozent. Im Juli schließlich, dem letzten in die Berechnung einbezogenen Monat, lagen die Lebenshaltungskosten um 4,2 Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Seit Februar also hat sich die Teuerung stetig beschleunigt, und es spricht alles dafür, daß sich diese Entwicklung weiter fortgesetzt hat bzw. fortsetzt.

Neben Dienstleistungen sind insbesondere die Nahrungsmittel gestiegen, wobei aber zu bemerken ist, daß die Preissteigerungen nur in einem bescheidenen Umfange den Bauern zugute kamen, während im wesentlichen die Verarbeitung und der Handel profitierten. Ein Kilogramm Roggenbrot kostet jetzt im Durchschnitt DM 1,04 und wurde damit um 6,6 Prozent teurer. Speisekartoffeln liegen um etwa ein Drittel im Preis höher als vor einem Jahr. Und für Rindfleisch müssen 11 Prozent mehr bezahlt werden.

Insgesamt hat der vom Statistischen Bundesamt als typisch angesehene Vier-Personen-Haushalt 7 Prozent mehr für die Ernährung ausgeben müssen. Erheblich stiegen auch die durch das Lücke-Gesetz freigegebenen Mieten, und zwar um 5,5 Prozent.

Mit diesen Steigerungsraten hat sich die Beschleunigung des Preisanstieges, wie auch in den vergangenen Jahren, weiter fortgesetzt. In den drei Regierungsperioden Adenauers stieg das Preisniveau im Jahresdurchschnitt seit September 1949 um 0,5—0,2 und 1,9 Prozent; zwischen dem September des Jahres 1961 und dem Juli 1965 aber durchschnittlich um 3,3 Prozent.

Ganz besonders spürbar waren die Preissteigerungen, nachdem Bundeskanzler Erhard die Politik bestimmte. Zwar hat er in seiner ersten und auch in der zweiten Regierungserklärung von der Verpflichtung, die Stabilität unserer Wirtschaft und Währung zu wahren, gesprochen, aber bisher sind diese Erklärungen nichts als hohle Redensarten geblieben.

Die Gründe für die Preislawine liegen aber keineswegs in den Lohnforderungen der Gewerkschaften. Sie haben ihre Ursache allein in den wachsenden Staatsausgaben, und hier ganz beson-

ders in den Aufwendungen für den Rüstungshaushalt. In bezug auf die Belastungen des Nationaleinkommens durch Steuern nimmt die Bundesrepublik heute unter den Staaten der sogenannten westlichen Welt mit gleicher Wirtschaftsstruktur eine Spitzenstellung ein.

Hinzu kommt, daß Bundesregierung und Notenbank im Interesse der großen Konzerne und Monopole, eine Politik betreiben, die den Akkumulationsprozeß durch inflationäre Kreditausweitung begünstigen. Da der Ausgang der Bundestagswahl an der politischen Situation in der Bundesrepublik nichts geändert hat, werden die Ursachen der Preissteigerungen auch in Zukunft weiterwirken, selbst wenn Erhard in seiner wortreichen Regierungserklärung abermals eine Stabilisierung der Preise und der Währung angekündigt hat.

Dr. Tu.

Beim Staat wird nicht Maß gehalten

Schon jetzt stehe fest, so erklärt die Deutsche Bundesbank, daß die Kassendefizite von Bund, Ländern und Gemeinden am Ende dieses Jahres erheblich über denen des Vorjahres liegen werden. 1964 hatte das Defizit rund 6,5 Milliarden betragen. Die Bundesbank erklärt, daß die Ausgaben der öffentlichen Hand in diesem Jahr so stark zugenommen hätten, daß sie nicht nur den durch den üblichen Einnahmeanstieg gesteckten Rahmen sprengten, sondern darüber hinaus auch die nicht eingeplanten Mehreinnahmen völlig auffressen würden. Die Ausgabenausweitung des Staates habe den Bedarf an Fremdmitteln sprunghaft wachsen lassen und maßgeblich zur Überforderung des Kapitalmarktes und zur Zinsverteuerung beigetragen, was wiederum einen allgemeinen Preisauftrieb bewirkte.

Wie maßlos sich der Staat in seiner im wesentlichen durch die Rüstungs- und Notstandsvorhaben beeinflussten Ausgabenpolitik verhält, geht u. a. daraus hervor, daß die höheren Kassendefizite am Ende des Haushaltsjahres 1965 eintreten werden, obgleich die Bundesregierung in diesem Jahr rund 750 Millionen DM allein an Steuern mehr einnehmen wird, als seinerzeit dem Haushaltsansatz zugrunde gelegt wurde. Auch sind dem Bund aus der VEBA-Aktion erhebliche Mittel zugeflossen, die im laufenden Haushalt nicht veranschlagt waren.

Kein allgemeingültiges Rezept

Für enge Kontakte zwischen den Gewerkschaftszentralen
Interview mit dem OGB-Präsidiumsmitglied Otto Horn

Wie schon im November-Heft der NACHRICHTEN angekündigt, bringen wir nachstehend das Interview unseres Mitarbeiters Gerd Siebert mit dem österreichischen Gewerkschaftsführer Otto Horn, der auf dem Warschauer WGB-Kongreß einen Teil der Mitglieder des Österreichischen Gewerkschaftsbundes repräsentierte, welcher in seiner Gesamtheit dem IBFG angehört. (Siehe dazu nähere Einzelheiten und die Rede Otto Horns in unserer Beilage.)

Frage: Sie haben auf dem VI. WGB-Kongreß einen Diskussionsbeitrag gegeben, der für den Beobachter aus der Bundesrepublik Deutschland von besonderem Interesse ist. Sie kritisierten jenen Teil der dem Kongreß vorgelegten Thesen, wonach die Versuche einer wirtschaftlichen Planung an den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus scheitern müßten, bzw. lediglich Versuche des Staates im Dienste der Monopole darstellten würden. In diesem Zusammenhang verwiesen Sie — als positive Erscheinung — auf die vor allem in Österreich und in der Bundesrepublik vorgetragene Gewerkschaftsforderung auf Mitbestimmung in der Wirtschaft. Halten Sie die Verwirklichung dieser Mitbestimmung für geeignet, die Position der Arbeitnehmer in der Gesellschaft hochindustrialisierter Staaten der EWG, EFTA usw. gegenüber der Unternehmerschaft wesentlich zu verbessern?

Antwort: Natürlich würde es die Position der Arbeitnehmer sehr wesentlich verbessern, gelänge es, eine Mitbestimmung in der Wirtschaft zu erreichen. Das trifft allgemein für alle kapitalistischen Länder, aber im besonderen für die hochindustrialisierten Staaten Westeuropas, die zum Teil in der EWG, zum anderen in der EFTA zusammengeschlossen sind bzw. diesen Wirtschaftsböcken angehören, zu. Eine solche Mitbestimmung muß jedoch von der Basis, dem Betrieb, ausgehen. Sie nur auf die Spitze, das heißt eine Zusammenarbeit der Führungen der Interessensvertretungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, beschränken zu wollen, ist nicht die von mir und meinen Freunden vertretene Forderung nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft.

Die wirtschaftliche Integration, die vor sich geht, erfordert vielfach Strukturveränderungen und ähnliches in den Wirtschaften der einzelnen Länder, die für die Arbeitnehmer sehr bedeutsam sind. Dies alles soll ohne Mitwirkung der Arbeitnehmer vor sich gehen? Das würde doch ihre Ausschaltung in den wichtigsten Zweigen ihrer eigenen Interessen bedeuten. Nach meiner Meinung hat sich immer die Politik der Anwesenheit besser als die der Isolierung und Ausschaltung bewährt. Ich möchte gar nicht davon reden, daß eine Verwirklichung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft auch eine sehr wesentliche Voraussetzung für die gerade in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten immer notwendiger werdende Umverteilung

des Nationalvermögens zugunsten der Arbeitnehmer ist.

Aber ich will nochmals betonen, wie ich es schon in meinem Diskussionsbeitrag am Kongreß getan habe: Die Verwirklichung der Forderung nach einer echten Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft, von unten bis oben, wird eine Sache harter Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern und deren Organisationen sein. Hier geht es um sehr reale Dinge, um Positionen, die bisher ausschließ-

Es geht um den dritten Platz

Der Hauptvorstand der IG Bau-Steine-Erden teilte Anfang November mit, daß die Gewerkschaft nunmehr 500 000 Mitglieder zähle und damit nach der IG Metall und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr zur drittstärksten Organisation im DGB aufgerückt sei.

Ohne auf die Erklärung der IG Bau-Steine-Erden einzugehen, gab die IG Chemie jetzt folgende Mitteilung an die Presse: „Mit dem höchsten Mitgliederstand seit 1945 wird die IG Chemie-Papier-Keramik das Jahr 1965 abschließen. Die drittgrößte DGB-Gewerkschaft zählte am Schluß des dritten Jahresquartals 539 511 Mitglieder und wird voraussichtlich bis zum Jahresende einen Mitgliederstand von 550 000 erreichen.“

lich Domäne der Unternehmer, vor allem der Monopole sind, aber auch um materielle Verbesserungen für die Arbeitnehmer.

Frage: Es ist eine Tatsache, daß die Mehrheit der organisierten Gewerkschafter außerhalb des sozialistischen Territoriums nicht dem WGB, sondern dem IBFG angeschlossen ist. Welche Möglichkeiten sehen Sie unter diesen Bedingungen für das gemeinsame Wirken der Gewerkschafter, und hier besonders in Westeuropa, zur Bewältigung der offensichtlich vorhandenen gemeinsamen Probleme?

Antwort: Ich glaube nicht, daß man so ohne weiteres sagen kann, die Mehrheit der Arbeitnehmer außerhalb der sozialistischen Länder ist in IBFG-Gewerkschaften organisiert. Das stimmt mit Ausnahme von Italien und Frankreich für das kapitalistische Europa. — Aber nicht für die Welt außerhalb Europas.

Ich denke, daß durch die beabsichtigte Änderung im Statut des WGB hinsichtlich der regionalen Organisationsform eine der Möglichkeiten geschaffen wurde, die ein gemeinsames Wirken aller Gewerkschaften in Westeuropa erleichtern wird. Aber in dieser Frage gibt es kein allgemein gültiges Rezept. Es müssen in jedem Fall und in jeder Situation die Möglichkeiten hierfür geprüft werden. Und in dem Maße, in dem die Gewerkschaften der sozialistischen Länder, nicht zuletzt bedingt durch die dort vor sich gehenden Veränderungen in der Wirtschaft, gewisse Veränderungen erfahren, wird meiner Meinung nach auch das Problem der engeren Kontakte mit den Gewerkschaften dieser Länder neue Aspekte bekommen. Ich glaube, daß es aber schon jetzt viele Möglichkeiten des gemeinsamen Wirkens für die Gewerkschaften, die verschiedenen oder keiner internationalen Zentrale angehören, in Institutionen auch außerhalb der Gewerkschaftsbewegung gibt. Dies trifft sowohl für die Gewerkschaften der kapitalistischen als auch der sozialistischen Länder zu.

Frage: Würden Sie für eine Zusammenarbeit in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen eine Übereinstimmung der Auffassungen in den Gebieten der Friedenssicherung zur Voraussetzung machen?

Antwort: Es geht um die Erkenntnis, daß gewerkschaftliches Wirken jeder Art, daß jeder Kampf um sozial- und wirtschaftspolitische Forderungen sowie jede Sicherung schon einmal erungener Positionen überhaupt nur möglich ist, wenn man gleichzeitig auch bereit ist, für die Erhaltung des Friedens einzutreten. Jedermann weiß — die Vergangenheit hat es mehrfach bewiesen —, daß der Krieg, ja selbst schon seine Vorbereitung, die Gefährdung alles Erreichten bedeutet, jeden Fortschritt auf sozial- und wirtschaftspolitischen Boden unmöglich macht, weil die Gewerkschaften ausgeschaltet und die Arbeitnehmer unter Sonderrechte gestellt werden. Ich denke, daß es in dieser Frage keine Differenzen zwischen den Gewerkschaften verschiedener Richtung geben kann.

Sicherlich bedeutet dies nicht, daß man immer schon von vornherein übereinstimmen wird, auf welche Weise und wie in jedem einzelnen Fall die Friedenssicherung erfolgen soll bzw. möglich ist. Hat man aber den Krieg als ein Mittel der Lösung von Problemen jeglicher Art verneint, dann ist der wichtigste Schritt getan, um den Frieden zu sichern. Man kann und wird natürlich nicht bei jeder sozial- oder wirtschaftspolitischen Forderung zuerst immer das Bekenntnis zum Frieden an die Spitze stellen. Notwendig ist, daß die allgemeine Haltung aller Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung von der Notwendigkeit der Friedenssicherung ausgeht und dies auch in der praktischen Gewerkschaftspolitik bewiesen wird.

Nur dürftige Spareinlagen

Über die Höhe der Spareinlagen pro Kopf der Bevölkerung in zehn europäischen Ländern berichtete die Deutsche Presseagentur. Die Zahlen zeigen, daß sich der bundesdeutsche Sparer, nach der Höhe der Mark-Beträge, nur im letzten Drittel der Aufstellung befindet, und daß es mit dem Wohlstand offenbar doch nicht so weit her ist. Diese Tatsache wird erhärtet, wenn man berücksichtigt, daß die Neigung zum Sparen im deutschen Volk besonders stark verwurzelt ist — auch heute noch.

Die Spareinlagen je Kopf der Bevölkerung betrugen 1964 in den einzelnen Ländern: Schweiz = 5716 DM, Schweden = 5024 DM, England = 3376 DM, Finnland = 2228 DM, Belgien = 1992 DM, Bundesrepublik = 1716 DM, Holland = 1644 DM, Italien = 1580 DM, Österreich = 1268 DM und Frankreich = 1160 DM.

Bemerkenswert ist die Höhe des Abstands der Sparguthaben in der Schweiz und in Schweden zu den übrigen Ländern, der ohne Zweifel darauf zurückzuführen ist, daß diese beiden Staaten eine relativ lange Periode des Friedens erlebten.

Frauenlöhne bleiben zurück

Nach den neuesten Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes vom Juli dieses Jahres lagen die durchschnittlichen Stundenverdienste der Frauen mit 3,11 DM um 1,47 DM unter den Bruttostundenverdiensten der männlichen Arbeiter. Das ist eine Differenz von 47,5 Prozent.

Noch größer war der Abstand der Gehälter weiblicher Angestellter von denen der Männer. Hier wurde für die Frauen ein durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst von 638 DM ermittelt. Das waren 422 DM weniger als die Durchschnittsverdienste der männlichen Angestellten. In diesem Fall beträgt die Differenz rund 66 Prozent.

Dividenden stark gestiegen

Einen neuen Höchststand erreichten die Durchschnittsdividenden der metallverarbeitenden Industrie im Jahre 1964. Nach jetzt veröffentlichten Berechnungen der Wirtschaftsabteilung der IG Metall, die die jüngsten Erhebungen des statistischen Bundesamtes durch den Jahresabschluß der Adam Opel AG, Rüsselsheim, ergänzte, betrug die durchschnittliche Dividende 1964 genau 21,2 Prozent gegenüber 16,5 Prozent im Jahre 1963. Darüber hinaus konnten zahlreiche Firmen ihre Rücklagen wesentlich verstärken.

Nach Ansicht der IG Metall ist dieses hervorragende Ergebnis bei der Dividendenausschüttung auf die gute Konjunkturlage in diesem Wirtschaftsbereich zurückzuführen.

Bergbaukonzerne am Ende des Lateins

**Noch höhere Prämien für Vernichtung von Förderkapazität?
In Gemeineigentum — bevor der Bankrott eintritt!**

Der Steinkohlenbergbau sehe keine Möglichkeit, bei den derzeitigen Angebotsbedingungen auf dem Energiemarkt wettbewerbsfähig zu werden. Das erklärte der Vorsitzende der Unternehmensverbände Ruhr und Aachen, Burckhardt, auf dem Steinkohlentag 1965 in Essen.

Auch durch Schrumpfungmaßnahmen, so sagte Burckhardt, sei das Absatzproblem nicht zu lösen. Seit 1957 habe man bereits 21,5 Mill. t Förderkapazitäten stillgelegt. Weitere 15 Mill. t seien bis Ende 1968 zur Stilllegung vorgesehen. Darüber hinausgehende Schließungen würden die Förderung wegen der verbleibenden „Totlasten“ nicht verbilligen, sondern verteuern.

Mit anderen Worten: die Bergbaukonzerne sind am Ende ihres Lateins. Trotz des Rückgangs der Zahl der produzierenden Bergbaubetriebe von 147 auf 100 und der Verminderung der Gesamtbelegschaft von 604 000 auf 380 000 Beschäftigte konnten die Ursachen der nun bereits sieben Jahre andauernden Kohlenkrise nicht behoben werden.

Tatsache ist, daß bei einer Jahresförderung von 140 Mill. t nur etwa 129 Mill. t abgesetzt werden können. Unter diesen Umständen muß befürchtet werden, daß nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr eine noch größere Welle von Zechenstilllegungen einsetzt. Diese Vermutung wird u. a. auch durch den sogenannten Schneider-Plan erhärtet, der die von Bonn zugesicherte Jahresförderung von 140 Mill. t als ein „utopisches Förderziel“ bezeichnet und die Erhöhung der Stilllegungsprämien von bisher 25 DM pro Tonne vernichteter Kapazität auf 35 bis 40 DM verlangt.

Damit wäre jedoch dem Bergbau nicht geholfen, sondern würden lediglich neue Möglichkeiten geschaffen, um den Bergbauunternehmern zu weiteren Stilllegungsprämien und damit zu Superprofiten zu verhelfen. Weitere Zechenstilllegungen aber könnten den völligen Bankrott der Kohlewirtschaft bedeuten.

In diesem Zusammenhang ist eine Äußerung des Vorsitzenden der Unternehmensverbände Ruhr und Aachen, Burckhardt, interessant, der in Essen erklärte, daß, wenn der privatwirtschaftliche Steinkohlenbergbau nicht durch den Staat gesichert würde, Entscheidungen denkbar wären, die zu radikalen Konsequenzen für die Organisationsform des Bergbaues drängten.

Daraus kann man den Schluß ziehen, daß die Konzernherren die Überführung eines abgewirtschafteten Bergbaues in Gemeineigentum zulassen würden, falls der Staat sie mit Milliarden-Beträgen abzufinden bereit wäre. Eine solche Konzeption aber steht im Widerspruch zu den volkswirtschaftlichen Belangen und entspricht auch nicht den Forderungen der Bergarbeiter.

Gerade die Zechenbelegschaften sind es, die den Bankrott der Kohle unter allen Umständen verhindern wollen und mit gleicher Entschiedenheit dar-

auf drängen, daß der von der Öffentlichkeit ausgehaltene Bergbau auch durch die Gesellschaft kontrolliert wird. Sie wollen nicht die Sozialisierung einer bankrotten Kohlewirtschaft. Vielmehr forderten die Mitglieder der IGBE auf ihrem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß die unverzügliche Neuordnung der Bergbau- und Energiewirtschaft mit dem Ziel der Überführung in Gemeineigentum. G. B.

Nach den Wahlen — Feierschichten

Mehrere zehntausend Bergarbeiter des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr und im Aachener Revier haben im Monat November die ersten Feierschichten verfahren müssen, weil die Kohlenhalden in Ermangelung eines energiepolitischen Konzeptes der Bundesregierung unaufhörlich wachsen. Am 11. und 18. Dezember sind weitere Feierschichten vorgesehen.

Zunächst haben sich der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen bereit erklärt, diese zwangsweisen Arbeitspausen der Bergarbeiter zu bezahlen. Wie das in Zukunft, wenn wieder Feierschichten in großem Umfange verfahren werden (was zu erwarten ist), aussehen wird, ist noch ungewiß. Außerdem kommen die betroffenen Bergarbeiter auch bei der zur Zeit gehandhabten Lohngarantie nicht auf ihren vollen Verdienst.

BASF investiert eine Milliarde DM

Die Badische Anilin- und Sodafabrik (BASF) hat für das kommende Jahr Investitionen in der Höhe von einer Milliarde DM angekündigt. Das ist die absolut höchste Investition eines Konzerns in der Bundesrepublik bisher. Damit übertrifft die BASF nicht nur den vergleichbaren Aufwand der beiden anderen umsatzstärksten Chemie-, sondern auch die der großen Automobilkonzerne.

Daß in den Wirtschaftsberichten, in denen diese Ankündigung veröffentlicht wurde, der Hinweis auf die Tatsache fehlt, daß diese geradezu gigantische Summe aus der Arbeit und dem Fleiß der Arbeiter und Angestellten des Konzerns entstand, ist verständlich. Wäre er doch eine Rechtfertigung mehr für das Verlangen der Gewerkschaften nach Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung auch auf die chemische Industrie. Das Recht, über eine derartige Summe verfügen zu können, darf nicht den Managern der Verwaltungsspitze allein überlassen bleiben: Hier müssen die mitbeteiligt werden, die diese Werte schufen.

■ 9.—14. Mai

7. Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin

■ 20.—25. Juni

Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Bremen

■ Wahrscheinlich Juni

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

■ 4.—9. September

Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund

■ 11.—16. September

Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten in Bremen

Maria Weber Vorsitzende des IBFG-Frauenausschusses

Auf seiner 14. Tagung in Brüssel wählte der Frauenausschuß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und der Internationalen Berufsekretariate das Mitglied des DGB-Bundesvorstandes Maria Weber zu seiner neuen Vorsitzenden.

Mitbestimmung ausgehöhlt

Fusion zwischen Rheinhausen AG und Bochumer Verein

Die Aufsichtsräte der Krupp-Montanholding Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG und der Bochumer Verein für Gußstahl Fabrikation AG haben der beabsichtigten Fusion der beiden Konzerne zugestimmt. Damit ist die neue Konzerngruppe an der westdeutschen Stahlproduktion mit 10,4 Prozent beteiligt.

Die beiden Montan-Gesellschaften sind seit 1961 durch einen Organschaftsvertrag und seit 1963 durch einen Ergebnisübernahmevertrag miteinander verbunden. Die Rheinhausen AG ist voll im Besitz von Alfred Krupp und verfügt bereits über 75 v. H. des Aktienkapitals des Bochumer Vereins; die restlichen 25 Prozent sind in der Hand von freien Aktionären. Vor der Verschmelzung soll das Kapital der Rheinhausen AG von 320 auf 573 Mill. DM erhöht werden.

Nach den Plänen Krupps werden die freien Aktionäre bei der Fusion im Verhältnis 10:9 abgefunden. Das heißt, sie erhalten für neun Aktien des Bochumer Vereins zehn Aktien der Rheinhausen AG, die ihnen das Stimmrecht und eine Vorzugsdividende bis zu 10 Prozent sichern.

Der neue Konzern produzierte im vergangenen Jahr mit rund 60 000 Beschäftigten 3,9 Mill. t Rohstahl und 5,6 Mill. t Steinkohle; der Jahresumsatz betrug 2,2 Mrd. DM.

Schrumpfung im Handwerk

Die Zahl der Betriebe geht ständig zurück

Wachsende Abhängigkeit von den Großunternehmen

Bonn's Politik der sogenannten freien Marktwirtschaft hat nicht nur in Industrie und Landwirtschaft, sondern auch im Handwerk zu tiefgreifenden strukturellen Veränderungen geführt, in deren Folge die Zahl der Handwerksbetriebe stetig abnimmt und die verbleibenden Betriebe in eine immer größer werdende Abhängigkeit von den marktbeherrschenden Großunternehmen geraten.

Charakteristisch für die Lage im Handwerk ist, daß hier die Existenzfurcht in dem gleichen Maße zunimmt wie die Zahl der Betriebe zurückgeht. Gab es nämlich 1956 noch 21 Handwerksbetriebe je 1000 Einwohner, so waren es 1963 nur noch 12 Betriebe. Die größten Betriebsverluste entfielen auf das Bekleidungshandwerk, das von 1956 bis 1963 rund 55 000 Betriebe oder ein Drittel des Bestandes einbüßte. Erhebliche Betriebsverluste hatten auch die Handwerkszweige der Müller, Stellmacher, Sattler, Gerber, Bürstenmacher und Töpfer zu verzeichnen. Die Zahl der Bäckereien verminderte sich im gleichen Zeitraum um 12 Prozent und die der Fleischereien um 5 Prozent.

Wenn die Gesamtbetriebsverluste nicht noch größere Ausmaße erreichten, so ist dies vor allem der Tatsache zu verdanken, daß der Betriebsbestand in den technischen Handwerkszweigen stieg, beispielsweise im Kraftfahrzeughandwerk um 30 Prozent, im Heizungsbau-

handwerk um 56 Prozent und im Karosseriehandwerk um 15 Prozent.

Bis auf einige wenige Sparten befindet sich das Handwerk heute in einem mehr oder weniger bestimmten Abhängigkeitsverhältnis zur Industrie. Formell selbständig, sind diese Betriebe einer Kontrolle durch die Konzerne unterworfen, und sie können existieren und in einem bescheidenen Umfang auch gedeihen, weil die Konzerne aus arbeitstechnischen, organisatorischen und steuerlichen Gründen ihr Vorhandensein für notwendig erachten.

All das schöne Gerede von der angeblichen Partnerschaft zwischen Industrie und Handwerk kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Handwerk in der Bundesrepublik einem andauernden Schrumpfungsprozeß ausgesetzt ist und auf Grund des ungleichen Kräfteverhältnisses in der Wirtschaft nur noch eine untergeordnete Filialfunktion ausübt. G. B.

„Stärker als die Generale“

Ebenso klar und unmißverständlich wie in der vorhergegangenen Broschüre „Der Vernunft eine Gasse“ orientiert Eugen Eberle in dieser neuen Schrift den politisch Interessierten über die Hintergründe des vielzitierten Militarismus in der Bundesrepublik. Sie kostet eine Mark und ist beim Wolfgang-Gutmann-Verlag, 7 Stuttgart-W, Rosenbergstraße 67a, zu bestellen.

Zu guter Letzt:

Der DGB-Vorsitzende Rosenberg beantwortete die Frage, was er von der Regierungserklärung Erhards — in bezug auf die Forderung, eine Stunde länger zu arbeiten — halte, mit dem Hinweis, daß diese die längste Regierungserklärung überhaupt gewesen sei. „Der Kanzler sprach zwei Stunden. Was er sagte, hat bewiesen, daß die Verlängerung der Arbeitszeit die Qualität der Arbeit nicht verbessert.“

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat
Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen,
Erlenweg 3/9

Telefon 36 38. Postscheckkonto Stuttgart 960 19
Redaktioneller Mitarbeiter: Gerd Siebert

Für den Inhalt der Briefe
kann keine Verantwortung übernommen werden
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt
besteht kein Ersatzanspruch

Druck: Max Kristeller, Hamburg-Altona,
Winterstraße 9-11

Einzelpreis DM 0,60, im Abonnement DM 1,50
vierteljährlich plus Zustellgebühr

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet